

Wirtschafts- und Sozialentwicklung in Baden-Württemberg 1995

Keine Zeit der großen Schritte

Wirtschaft und Gesellschaft Baden-Württembergs haben sich im Jahr 1995 nicht so entwickeln können, wie dies zu Beginn des Jahres weithin erwartet worden war. Wegen der Sanierung der Staatsfinanzen blieb auch für wichtige Vorhaben wenig Spielraum. Eine Verbesserung der Familienförderung mußte zurückstehen, und auch vordringliche Maßnahmen für die innere Sicherheit oder den Umweltschutz mußten im Rahmen der bescheidenen Etatserhöhungen finanziert werden. Selbst lebenswichtige Zukunftsaufgaben wie die Förderung von Forschung und Entwicklung, die Bereitstellung von Risikokapital und andere Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg waren nur über den Verkauf der Gebäudebrandversicherungsanstalt zu finanzieren. Auch das Budget der privaten Haushalte ließ nennenswerte Änderungen nicht zu. Die Verbesserungen auf der Einnahmenseite wurden schon nominal durch Steuer- und Abgabenerhöhungen weitgehend neutralisiert. Dies alles kam nicht überraschend, es war vielmehr mit den Haushaltsplänen und den Beitragsänderungen zur Sozialversicherung angekündigt. Wie labil die Lage tatsächlich war, kommt darin zum Ausdruck, daß als Reaktion auf das Ausbleiben von Steuereinnahmen schon im September eine Haushaltssperre verfügt wurde.

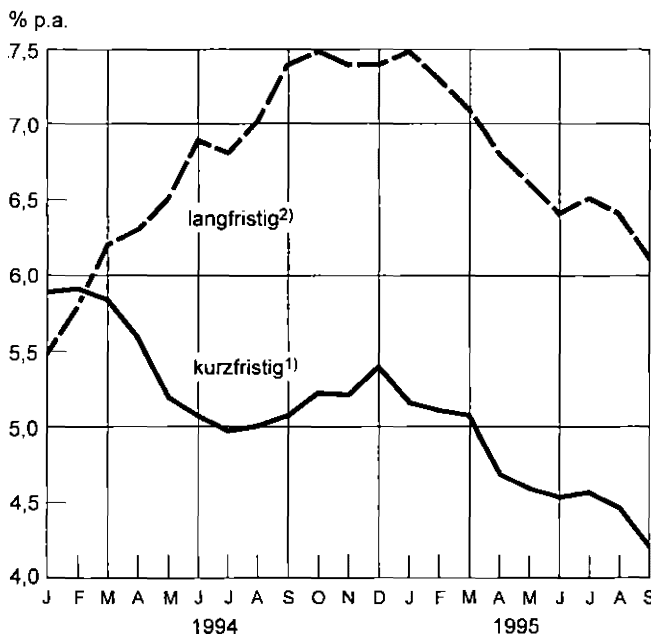
Dabei hatte das Jahr überraschend gut angefangen. Die Konjunktur hatte schon im Verlauf des Jahres 1994 kräftig Tritt gefaßt, und am Jahresende hatten die gesamtwirtschaftlichen Leistungen fast wieder das Niveau erreicht,

das vor der Rezession gemessen worden war. Zwar rechneten nur Optimisten schon für 1995 mit einer spürbaren Senkung der Arbeitslosenzahlen, aber der Grundstein für eine positive Entwicklung schien gelegt, und mit der Aussicht auf ein weiteres und noch stärkeres Wirtschaftswachstum in 1996 würde sich auch die erhoffte Entspannung auf dem Arbeitsmarkt einstellen. Das 1. Quartal entsprach ganz diesem Erwartungsmuster. Die großen Investitionsgüterbranchen zeigten sich von der Rezession zunehmend erholt, und namentlich die exportorientierten Firmen konnten sich im internationalen Wettbewerb gut behaupten – hatten sich doch die Lohnstückkosten 1994 erstmals seit vielen Jahren verringert und auch andere Kostenbestandteile wie die Energie- und Rohstoffpreise sowie das Zinsniveau einen günstigen Verlauf genommen. Das harmonische Bild von Positivmeldungen wurde lediglich dadurch gestört, daß der Stellenabbau anhielt, wenn auch mit nachlassender Schärfe.

Erste Sorgenfalten kamen dann mit den Tarifverhandlungen im Mai und vor allem mit dem tiefen Fall des Dollar und der Währungen anderer Weltmarktkonkurrenten. Hinzu kam, daß die Konjunktur vor allem in Frankreich – dem wichtigsten Handelspartner Baden-Württembergs –, aber auch in den USA und anderen Ländern weniger günstig verlief. Schwerer wog indessen, daß Impulse, die geeignet gewesen wären, die Inlandsnachfrage nachhaltig zu stärken, weitgehend ausblieben. Die Nachfrage nach Investitionsgütern blieb trotz des hohen Nachholbedarfs hinter den Erwartungen zurück, und die anderen Komponenten leiden ohnehin unter dem Handicap der hohen Staatsverschuldung. Mit dem Ziel der Haushaltssanierung sollten die Ausgaben von Land und Kommunen ohnehin nur wenig steigen, und der private Verbrauch war mit der Erhöhung von Steuern, Abgaben und kommunalen Gebühren an seiner sonst möglichen Entfaltung gehindert. Der private Konsum erreichte nur deshalb in etwa das Vorjahresniveau, weil die privaten Haushalte noch stärker als zuvor auf ihre Ersparnisse zurückgriffen und weil die Teuerung im Jahresverlauf fast zum Stillstand kam.

Schaubild 1

Kurz- und langfristige Zinssätze in Deutschland 1994 und 1995



1) Dreimonatsgeld (Fibor). – 2) Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere.
Quelle: Deutsche Bundesbank.

Leichte Bevölkerungszunahme

Die Bevölkerung neigt wieder dazu, stärker zu wachsen. Nachdem sich die Wirtschaft von der Rezession weitgehend erholt zeigt, hat auch die Bevölkerung in den 12 Monaten bis zur Jahresmitte 1995 wieder leicht – und zwar um knapp 50 000 Einwohner – zugenommen. Die Steigerung geht auf einen etwas höheren Wanderungssaldo zurück, während sich Geburtenzahl und Sterbefälle insgesamt nahezu ausgleichen, bei der deutschen Bevölkerung sogar schon ein Geburtendefizit vorliegt. Auch der Wanderungssaldo wird weit überwiegend durch die Zuwanderung von Ausländern bestimmt. Gestiegen ist somit vorwiegend die Zahl der ausländischen Mitbürger – mit 1,8% binnen Jahresfrist sechsmal so schnell wie die deutsche Bevölkerung. Gut jeder achte Baden-Württemberger hat inzwischen keinen deutschen Paß.

Trotz dieser neuerlichen Zunahme liegt das Tempo des Bevölkerungswachstums doch weit hinter dem zurück, was Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre zu beobachten

Tabelle 1

Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg 1993 und 1994

Merkmal	1993			1994		
	Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon	
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer
Lebendgeborene	117 982	98 361	19 621	113 398	94 367	19 031
Sterbefälle	98 572	96 364	2 208	96 638	94 301	2 337
Geburtenüberschuß (+) bzw. -verlust (-)	+ 19 410	+ 1 997	+ 17 413	+ 16 760	+ 66	+ 16 694
Zuzüge über die Landesgrenze	344 073	139 010	205 063	294 264	133 053	161 211
Fortzüge über die Landesgrenze	278 165	115 148	163 017	272 981	126 732	146 249
Wanderungssaldo	+ 65 908	+ 23 862	+ 42 046	+ 21 283	+ 6 321	+ 14 962
Ein- bzw. Ausbürgerung (Änderung der Staatsangehörigkeit)	-	+ 4 540	- 4 540	-	+ 16 209	- 16 209
Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-)	+ 85 318	+ 30 399	+ 54 919	+ 38 043	+ 22 596	+ 15 447
Bevölkerungsstand am Jahresende	10 234 026	8 921 769	1 312 257	10 272 069	8 944 365	1 327 704

war. Mit einem Plus von 180 000 bis 200 000 Einwohnern war der Bevölkerungszuwachs damals viermal so stark wie heute, und es spricht gegenwärtig wenig dafür, daß diese Dynamik in den nächsten Jahren wieder erreicht wird: Der Alterungsprozeß der Bevölkerung und die zahlenmäßig schrumpfenden Frauenjahrgänge im Alter von 15 bis 45 Jahren wirken darauf hin, daß in den nächsten Jahren an die Stelle des bisherigen Geburtenüberschusses ein zügig wachsendes Geburtendefizit tritt, die Aufnahme von Asylbewerbern scheint sich bei jährlich 13 000 zu normalisieren und die Aufnahme von Aussiedlern aus Osteuropa auf unter 28 000 einzupendeln. Hinzu kommt, daß Baden-Württemberg nicht erst durch die Rezession und den darauf folgenden Stellenabbau – der den Südwesten freilich stärker traf als andere Teile Deutschlands – an Attraktivität eingebüßt hat. Die früher deutlich positive Wanderungsbilanz mit den westlichen Bundesländern schrumpft schon seit 1990 und ist seit 1992 sogar negativ. In dieses Bild paßt, daß die ohnehin schwache Wanderungsdynamik maßgeblich durch die Aufnahme von Spätaussiedlern und Asylbewerbern geprägt ist. Die Aufnahme von Personen dieser beiden Gruppen war 1994 zahlenmäßig doppelt so hoch

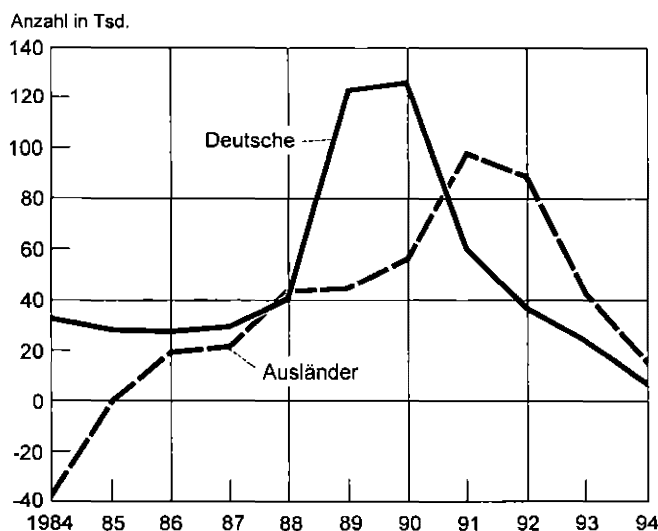
wie der Wanderungssaldo insgesamt. Bezeichnend ist, daß der Anteil ausländischer Mitbürger nicht etwa deshalb steigt, weil besonders viele Ausländer zuwanderten, sondern weil es anders als bei Deutschen für Ausländer nach wie vor einen nennenswerten Geburtenüberschuß gibt.

Abermals steigende Schülerzahlen

Besonders die Geburtenentwicklung wirkt sich nachhaltig auf die Größe der Schülerjahrgänge aus. Dabei fällt auf, daß nach dem historischen Geburtentief der Jahre 1975 bis 1985 – damals wurden jährlich zwischen 90 000 und 95 000 Kinder geboren – die Geburtenjahrgänge inzwischen die Marke von 100 000 wieder deutlich überschreiten und seit 1990 schon nahe bei 120 000 liegen. Nach dem Geburtenverlauf der vergangenen 20 Jahre liegt die Zahl der schulpflichtigen Kinder von 6 bis unter 15 Jahren derzeit um fast 20% über dem Niveau der Volkszählung 1987, während umgekehrt die Zahl der Berufsschulpflichtigen fast 20% darunter liegt. Dementsprechend hat die Zahl der Schüler

Schaubild 2

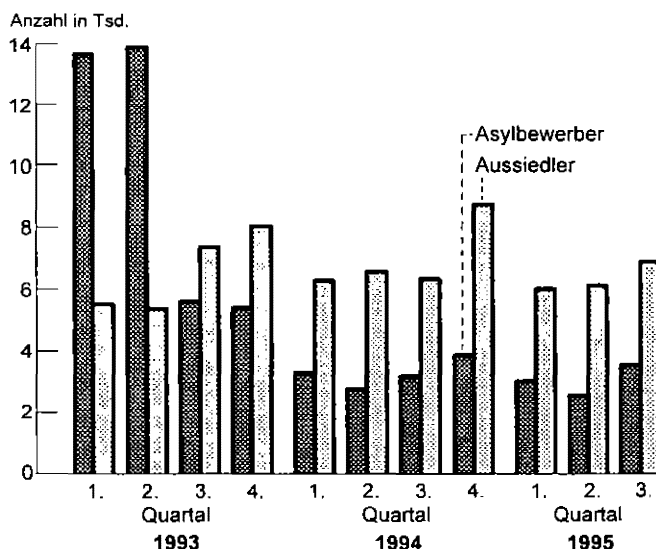
Wanderungsbewegung über die Landesgrenzen in Baden-Württemberg seit 1984



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Schaubild 3

Asylbewerber und Aussiedler in Baden-Württemberg seit 1993



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Tabelle 2

Bevölkerungswachstum in Baden-Württemberg seit 1986

Faktoren des Bevölkerungswachstums	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Geburtenüberschuß	8 613	12 003	18 209	17 338	21 009	20 382	21 582	19 410	16 760
Zuwanderungsüberschuß Ausländer	19 316	21 785	43 722	44 990	56 014	98 866	88 888	42 046	14 962
Zuwanderungsüberschuß Deutsche	27 481	29 464	40 290	123 659	126 308	60 565	36 398	23 862	6 321
Zunahme der Bevölkerung	55 410	63 252	102 221	185 987	203 331	179 813	146 868	85 318	38 043
Nachrichtlich:									
Aufnahme von Aussiedlern	8 187	15 119	28 435	57 851	92 741	36 617	28 874	26 277	27 991
Zuwanderung aus den neuen Bundesländern und Berlin.(Ost) ¹⁾	5 077	3 967	7 904	64 687	50 956	43 907	31 754	23 225	20 679
Aufnahme von Asylbewerbern ²⁾	14 736	8 343	15 728	17 565	27 968	43 111	51 609	38 521	13 186

¹⁾ Bis 1990: aus der DDR und Berlin.(Ost). – ²⁾ Ab 1992 bereinigt; zum Vergleich 1992 unbereinigt: 61 941.

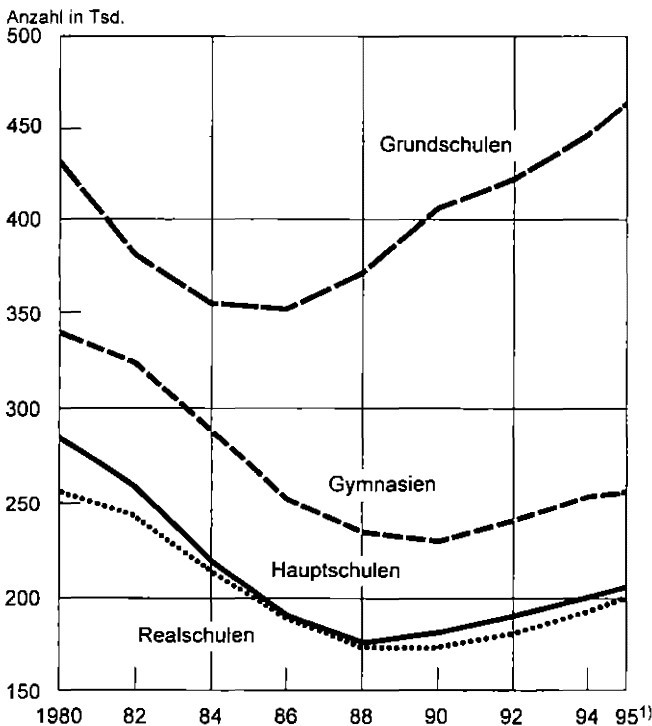
an allgemeinbildenden Schulen ihre Talsohle vom Herbst 1988 längst verlassen und wächst mit beträchtlichen Zuwachsraten. Lag der Zuwachs im Herbst 1991 noch bei nicht ganz 2%, so betrug er danach 2,5% bis 3%. Auf der anderen Seite verlieren die Berufsschulen seit Jahren demographisch bedingt gut 3% ihrer Schüler. Der Verlust der Beruflichen Schulen hielt sich in den letzten Jahren jedoch in Grenzen, weil Fachschulen, in den letzten Jahren auch Berufsfachschulen, das 1jährige Berufskolleg für Wirtschaft und Berufliche Gymnasien größeren Zulauf hatten als zuvor. Der Lehrstellenmangel vor allem in kaufmännischen Berufen führt dazu, daß verstärkt berufliche Vollzeitschulen besucht werden. Schätzungsweise 2 bis 3% der Schüler an beruflichen Schulen sind der sogenannten „Warteschleife“ zuzurechnen und erhoffen sich von einer verlängerten Schulzeit eine Zusatzqualifikation oder andere Vorteile bei der Berufsfindung. Bei rund 360 000 Schülern

dürfte die Schülerzahl der Beruflichen Schulen inzwischen ihren demographisch vorgezeichneten Tiefstand erreicht haben und schon ab dem Schuljahr 1998/99 deutlich zunehmen.

Auch die allgemeinbildenden Schulen haben sich in den kommenden Jahren auf weiter steigende Schülerzahlen einzustellen. Heutige Bildungsgänge und Schülerverläufe vorausgesetzt, dürfte sich der gegenwärtige Zwischenstand von 1,1 Mill. bis zum Schuljahr 2004/05 um 20% erhöhen. Entsprechend der Ausbildungsdauer wird die Schülerzahl an Grundschulen bis 1998 um 50 000, an Hauptschulen und Realschulen bis 2004 um jeweils 60 000 und an Gymnasien bis 2006 um 75 000 zunehmen. Derzeit wächst die Schülerzahl an Grund-, Haupt- und an Realschulen jährlich jeweils in der Größenordnung von 3%, die Schülerzahl an Sonderschulen und Gymnasien jeweils um 2%.

Schaubild 4

Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg seit 1980



1) Vorläufige Zahlen.

Da der Ausbau des Lehrkörpers mit dem Anstieg der Schülerzahlen nicht ganz Schritt gehalten hat, sind in den letzten Jahren wieder größere Klassen zu beobachten. Vor allem für Realschüler konnte der Standard der 80er Jahre nicht gehalten werden. Im laufenden Schuljahr werden dort im Durchschnitt 26 Schüler je Klasse unterrichtet, zwei mehr als noch vor fünf Jahren. In Gymnasien schwankt die Klassenstärke um 25 (1990: 24) Schüler, in Grundschulen um 22 (1990: 22), in Hauptschulen um 20,5 (1990: 20) Schüler.

Für die Unterrichtssituation spielen neben der Klassengröße auch andere Faktoren, wie die Anwesenheit ausländischer Mitschüler oder die Altersstruktur des Lehrkörpers, eine Rolle. Wegen des Nachwachsens stärkerer deutscher Geburtenjahrgänge hat sich der Anteil ausländischer Schüler in den beiden letzten Schuljahren nicht mehr erhöht. Während ausländische Schüler in Realschulen und Gymnasien quantitativ und auch von ihrer sprachlichen und kulturellen Herkunft her keine nennenswerte Besonderheit darstellen, prägen sie in Haupt- und Sonderschulen die Unterrichtssituation doch entscheidend. Im Landesdurchschnitt hat gut jeder vierte Schüler dieser Schularten ausländische Eltern, in Ballungsgebieten sind ausländische Kinder in bestimmten Schulen sogar in der Überzahl.

Die Bildungsexpansion der 70er Jahre, die wegen des damals rasch wachsenden Schülerbergs und der parallel dazu vorangetriebenen Qualifizierungsoffensive zu zahlreichen Neueinstellungen junger Lehrkräfte geführt hat, macht sich nun, wo die Schülerzahlen niedriger sind und entsprechend weniger Lehrer eingestellt werden, in einer drastischen Alterung der Lehrerschaft bemerkbar. Derzeit ist bereits fast jeder zweite Lehrer 40 bis 50 Jahre alt, womit diese Altersgruppe dreimal so stark vertreten ist wie jünge-

Tabelle 3

**Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden
Schulen in Baden-Württemberg seit 1990/91**

Schulart	1990/91	1992/93	1994/95	1995/96 ¹⁾
Öffentliche allgemeinbildende Schulen insgesamt	996 092	1 042 389	1 098 396	1 128 932
darunter				
Grundschulen	402 088	417 704	441 471	456 704
Hauptschulen	177 209	186 472	197 502	203 506
Sonderschulen	34 947	37 230	38 797	38 836
Realschulen	166 090	175 161	186 225	191 467
Gymnasien	210 146	220 533	229 311	233 804

¹⁾ Vorläufige Zahlen.

re Lehrer unter 40 Jahren. Unter der Annahme, daß der bevorstehende Zuwachs an Schülern entsprechend auch zu Neueinstellungen führt und ältere Lehrer den Schuldienst nicht früher quittieren als bisher, werden nach der Jahrhundertwende rund 40% der Lehrer über 50 Jahre alt sein und nahezu die Hälfte davon nur wenige Jahre vor der Pension stehen. Dabei ist berücksichtigt, daß Lehrer häufiger als andere Berufsgruppen das Pensionsalter nicht erreichen und vorzeitig in den Ruhestand treten.

Beschäftigungsrückgang läßt nach

Die wirtschaftliche Erholung hat bisher nichts daran geändert, daß sich der seit Herbst 1992 zu beobachtende Abbau von Arbeitsplätzen auch 1995 fortsetzte. Der zurückliegenden Schwächephase fielen bis zum Frühjahr 1995 mehr als 244 000 Stellen zum Opfer. Ende März 1995 standen in Baden-Württemberg nur noch 3 735 000 Arbeitnehmer in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis, 1% weniger als 12 Monate zuvor. Allerdings hat sich der Arbeitsplatzabbau inzwischen deutlich abgeschwächt. Im Frühjahr 1994 hatte der Beschäftigtenrückgang noch fast 3% betragen.

Ausschlaggebend für diese Gesamtentwicklung war die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe. Dort hat sich der Beschäftigtenrückgang von gut 6% im Frühjahr 1994 innerhalb von einem Jahr auf knapp 3% halbiert, und dieser Trend hat sich nach den aktuellen Daten aus dem Monatsbericht bis September 1995 fortgesetzt. Ob sich daraus allerdings bereits für 1996 wieder ein Beschäftigungszuwachs ableiten läßt, scheint vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen bei den Umsätzen und den Auftragsengängen im Verarbeitenden Gewerbe eher fraglich. Erst wenn die Nachfrage über einen längeren Zeitraum nachhaltig steigt, ist damit zu rechnen, daß der Stellenabbau zum Stillstand kommt und die Zurückhaltung der Unternehmen gegenüber Neueinstellungen nachläßt.

Derzeit wirkt nicht nur der nachlassende Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe, sondern auch im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung beruhigend auf die gesamte Beschäftigungslage. Gegenläufige Entwicklungen sind dagegen im Handel und beim Staat, aber auch bei Kreditinstituten und Versicherungen festzustellen. So ließ die anhaltende Nachfrageschwäche der privaten Haushalte die Beschäftigung im Handel nochmals um 1% schrumpfen, die Sparmaßnahmen des Staates zur Konsolidierung des Haushalts äußerten sich in einem verstärkten Personalab-

bau (1995: 1,4%, 1994: -0,8%). Wie schon in den Jahren zuvor reichten auch 1995 die von den Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne – wie beispielsweise Planungs- und Beratungsbüros –, den Organisationen ohne Erwerbszweck und den privaten Haushalten geschaffenen Arbeitsplätze nicht aus, den Stellenabbau in anderen Wirtschaftsbereichen auszugleichen.

Insgesamt hat sich 1995 der Beschäftigtenabbau im Produzierenden Gewerbe gegenüber den Jahren 1993 und 1994 deutlich abgeschwächt. Während die Zahl der Arbeitsplätze 1993 um 108 000 und 1994 nochmals so stark reduziert wurde, betrug der Stellenabbau 1995 „nur“ 46 000. Auf der anderen Seite tendierte aber auch der Stellenzuwachs im Dienstleistungssektor schwächer. Nachdem in diesem Sektor 1992 noch 70 000 und 1993 fast 28 000 Arbeitsplätze geschaffen wurden, nahm das Stellenangebot 1994 nur noch um 10 000 und 1995 um 8 000 zu. Diese Entwicklung dürfte darauf zurückzuführen sein, daß sich die Rationalisierungsmaßnahmen nun auch im Dienstleistungsbereich stärker auswirken. Beispiele hierfür sind die Stelleneinsparungen beim Staat sowie der erst 1995 begonnene Arbeitsplatzabbau im Kredit- und Versicherungsgewerbe. Wie schon in den Jahren 1992 bis 1994 bildete somit der Stellenzugang im Dienstleistungssektor nur ein schwaches Gegengewicht zum Stellenabbau im Produzierenden Gewerbe. Von März 1994 bis März 1995 war der Verlust an Arbeitsplätzen im Produzierenden Gewerbe fast 6mal so hoch wie die Zahl der im Dienstleistungssektor entstandenen Arbeitsplätze. Gerade wegen dieser schwachen Ausgleichsfunktion des Dienstleistungssektors wird eine Tendenzwende in der Beschäftigungsentwicklung erst eintreten, wenn der Stellenabbau im Produzierenden Gewerbe nahezu zum Stillstand gekommen ist.

Tabelle 4

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet¹⁾
im März 1995**

Wirtschaftsabteilungen ¹⁾	Baden-Württemberg		Bundesgebiet
	1 000	Veränderung gegen März 1994 in %	
Wirtschaftsabteilungen zusammen²⁾	3 735,0	- 1,0	- 0,7
davon			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	29,9	- 4,3	- 1,9
Energie, Bergbau	35,9	- 1,2	- 3,4
Verarbeitendes Gewerbe	1 526,5	- 2,9	- 2,5
Baugewerbe	257,0	+ 0,1	+ 0,6
Handel	476,0	- 1,1	- 1,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	144,7	- 0,7	- 2,8
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	151,6	- 1,0	- 0,9
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	824,6	+ 2,2	+ 2,5
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	78,4	+ 2,1	+ 3,2
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	210,3	- 1,4	- 2,0

¹⁾ Früheres Bundesgebiet. – ²⁾ Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit. – ³⁾ Einschließlich "ohne Angaben".

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Arbeitsmarktlage bleibt angespannt

Die verhaltene konjunkturelle Entwicklung und – mehr wohl noch – die Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit spiegeln sich auch in der Entwicklung des baden-württembergischen Arbeitsmarktes wider. Im Januar 1995 erreichte die Zahl der Arbeitslosen in Baden-Württemberg mit mehr als 350 000 einen neuen Höchststand, lag jedoch in den weiteren neun Monaten des vergangenen Jahres unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. In der ersten Jahreshälfte sank die Arbeitslosenquote von 7,9 auf 7,0%. Die Frühjahrsbelebung des Arbeitsmarktes fiel allerdings 1995 im Vergleich zu den Jahren 1984 bis 1991, als das Niveau der Arbeitslosigkeit noch deutlich niedriger war, vergleichsweise schwach aus. Dies deutet darauf hin, daß die durchaus vorhandenen Ansätze zur Entlastung immer noch durch strukturelle Veränderungen überlagert werden. Seit dem 3. Quartal 1995 tritt der Arbeitsmarkt im Jahresvergleich auf der Stelle. Die Zahl der Arbeitslosen lag in den Monaten September und Oktober mit gut 320 000 nur noch etwa 1% unter dem Niveau von 1994, die Arbeitslosenquoten von jeweils 7,2% erreichten fast die Höhe der Vorjahresmonate (jeweils 7,3%). Im November stieg die Arbeitslosigkeit auf 324 000 Arbeitslose. Damit wurden in diesem Monat knapp 1% mehr Arbeitslose registriert als ein Jahr zuvor. Auch die Arbeitslosenquote lag mit 7,3% über dem Vorjahresniveau von 7,2%.

Daß die Zahl der Arbeitslosen in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres mit durchschnittlich 329 000 niedriger war als im vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1994 (337 000), ist ganz wesentlich ein Erfolg der von den Arbeitsämtern durchgeführten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.¹ So haben im Laufe der ersten drei Quartale des Jahres 1995 rund 33 000 Arbeitslose mit Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen begonnen, im vergleichbaren Vorjahreszeitraum nur rund 20 000. Auch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Arbeitsämter wurden 1995 erweitert. In den ersten drei Quartalen nahmen durchschnittlich 4 200 Arbeitslose an diesen Maßnahmen teil, ein Jahr zuvor waren es knapp 3 000.

Auch bei der Arbeitsvermittlung waren die Arbeitsämter im Südwesten während des vergangenen Jahres erfolgreich. Wurden im 1. Quartal 1995 erst drei von vier offenen Stellen besetzt, so gelang dies im 3. Quartal bei nahezu jeder

offenen Stelle. Das Stellenangebot war im vergangenen Jahr in den ersten drei Quartalen höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Weil im Laufe des Jahres 1995 der konjunkturelle Aufschwung erlahmte, flachte die Zahl der offenen Stellen, die in der ersten Jahreshälfte von 40 000 auf 50 000 angestiegen war, bis Oktober wieder auf 40 000 ab und lag damit nur noch geringfügig über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Bei nachlassendem Stellenangebot in der zweiten Jahreshälfte kamen im Oktober wieder 8 Arbeitslose auf eine offene Stelle, nachdem sich dieses Verhältnis von Januar bis Juni von 9 auf 6 Arbeitslose je offene Stelle verbessert hatte. Dies zeigt, daß die Unternehmer die Konjunktur und den Arbeitskräftebedarf nach wie vor sehr zurückhaltend einschätzen. Hierzu paßt auch, daß Wirtschaft und Verwaltung langfristige Bindungen mit ihren Beschäftigten mieden, was sich in dem anhaltend hohen Anteil befristeter Stellenangebote von durchschnittlich 25% äußerte.

Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich im vergangenen Jahr weiter verringert. Seit dem Höchststand im April 1993 ist die Zahl der Kurzarbeiter bis Oktober 1995 von 280 000 auf 22 000 zurückgegangen und lag in den ersten zehn Monaten unter den entsprechenden Vorjahresmonaten. Während die Kurzarbeit in den Schlüsselindustrien Baden-Württembergs 1995 im Jahresvergleich deutlich zurückgegangen ist, hat sich die Situation im Baugewerbe – der Wirtschaftsgruppe mit den meisten Kurzarbeitern – verschlechtert. Hier lag die Kurzarbeit bereits seit Mai über dem Vorjahresniveau und war im Oktober mit 4 300 dreimal so hoch wie ein Jahr zuvor.

Wie sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahr darstellen wird, hängt vor allem davon ab, wie sich Konjunktur und Arbeitsproduktivität weiterentwickeln. Bei einem für Deutschland prognostizierten Wirtschaftswachstum von 2 bis 2,5% und einem Produktivitätsfortschritt von gut 2% dürfte es auch 1996 kaum Spielraum für mehr Beschäftigung und einen Abbau der Arbeitslosigkeit geben. Wenn die arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten der Arbeitsämter nicht unvermindert beibehalten werden, könnte unter den angenommenen Rahmenbedingungen die Arbeitslosigkeit sogar zunehmen.

Für einige Gruppen war diese Tendenz bereits im vergangenen Jahr zu beobachten. So haben die schwerbehinderten Arbeitslosen überhaupt nicht vom Rückgang der Arbeitslosigkeit profitiert, sondern waren in allen Monaten stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen als 1994. Ein ähn-

¹ Vgl. hierzu den Beitrag in der Stuttgarter Zeitung Nr. 246 vom 24. Oktober 1995, S. 9: „Von Aufschwung keine Spur“.

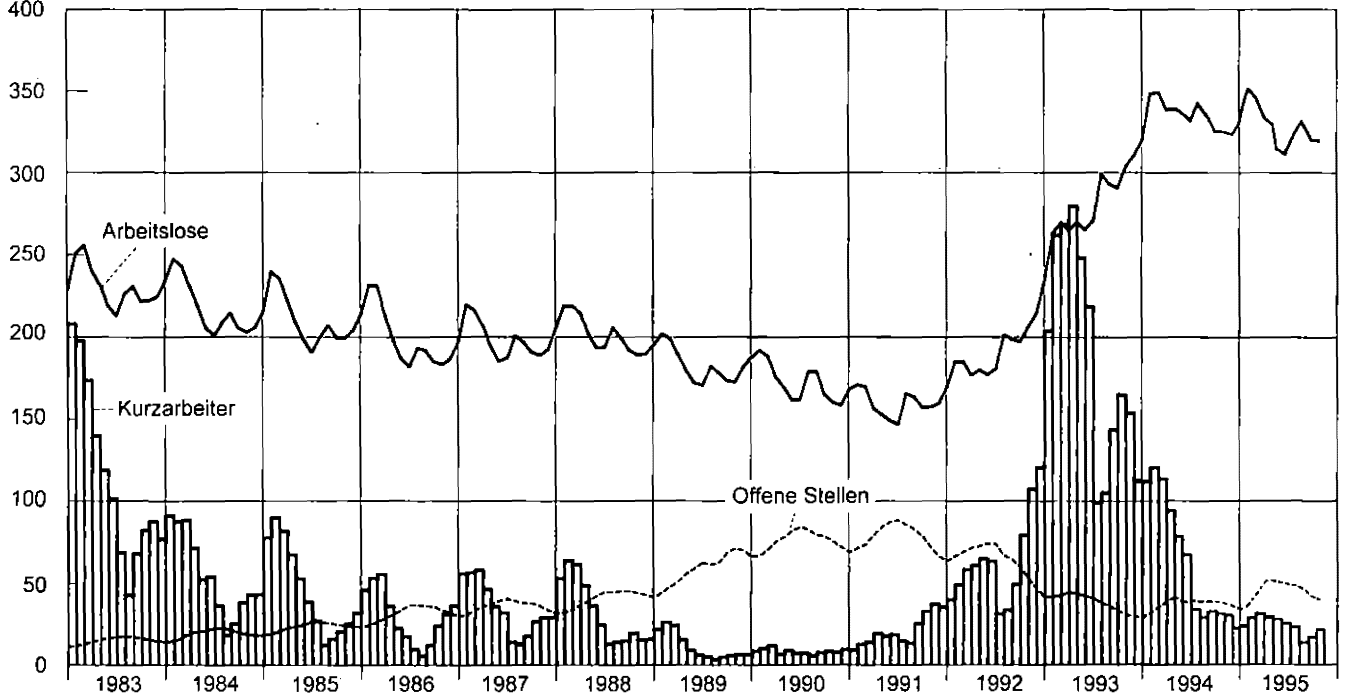
Tabelle 5

Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg 1995

Merkmale	Einheit	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktober
Offene Stellen	Anzahl	38 791	44 301	51 260	51 576	51 379	50 790	49 858	46 402	42 834	39 194
	Veränd. geg. Vorjahr in %	+ 23,5	+ 25,1	+ 32,3	+ 25,3	+ 29,6	+ 25,8	+ 26,0	+ 15,3	+ 7,1	+ 0,6
Kurzarbeiter	Anzahl	24 011	29 973	32 232	30 144	28 362	25 777	22 929	12 173	17 190	22 139
	Veränd. geg. Vorjahr in %	- 78,4	- 75,1	- 71,5	- 67,9	- 66,1	- 61,4	- 34,3	- 58,4	- 48,3	- 31,7
Arbeitslose	Anzahl	351 617	345 358	332 696	328 353	315 809	310 442	324 207	332 100	320 603	320 513
	Veränd. geg. Vorjahr in %	+ 1,0	- 1,1	- 1,6	- 3,0	- 3,9	- 4,5	- 5,6	- 0,6	- 1,2	- 1,1
Arbeitslosenquote ¹⁾	%	7,9	7,8	7,5	7,4	7,1	7,0	7,3	7,5	7,2	7,2
Nachrichtlich: Bundesgebiet ²⁾											
Arbeitslosenquote	%	9,9	9,8	9,4	9,3	8,9	8,9	9,2	9,2	9,0	9,0

¹⁾ Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – ²⁾ Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990.

Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg seit 1983Anzahl
in Tsd.
400

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

518 95

liches Bild ergab sich bei der Zahl der arbeitslosen Frauen, die schon seit August im Vergleich zum Vorjahr einen steigenden Trend aufwies. Die Zahl der arbeitslosen Ausländer ging im Laufe des vergangenen Jahres nur unterdurchschnittlich stark zurück und lag im Oktober wieder über dem Vorjahresniveau. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren war gegen Jahresende höher als ein Jahr zuvor, weil das zusätzliche Lehrstellenangebot nicht ausreichte, um der deutlich höheren Zahl der Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen einen Ausbildungsplatz bereitzustellen. Die Jugendlichen hatten jedoch erfreulicherweise bis Juli 1995 in überdurchschnittlichem Maß am Rückgang der Arbeitslosigkeit teil. Vor allem aber nahm die Zahl der Langzeitarbeitslosen stark zu. Seit September 1991 hat sich ihre Zahl bis Oktober 1995 nahezu verdreifacht. Ende Oktober 1995 suchten rund 98 000 Arbeitslose, das sind mehr als 30% aller Arbeitslosen, bereits länger als ein Jahr nach einem Arbeitsplatz.

Ausbildungsstellenmarkt tendiert weiterhin schwach

Die Ausbildungsbereitschaft der baden-württembergischen Betriebe hat im vergangenen Jahr weiter nachgelassen. Das Angebot an Ausbildungsstellen lag mit 86 000 am Ende des Berufsberatungsjahres 1994/95 fast 11% unter dem Niveau des Vorjahres. Damit ist das Lehrstellenangebot im dritten Jahr in Folge zurückgegangen – insgesamt um fast 40%. Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat sich nicht nur wegen des nachlassenden Angebots an Ausbildungsplätzen verschlechtert, sondern zusätzlich

durch die seit 1992 zu beobachtenden steigenden Bewerberzahlen. Im vergangenen Jahr hat die Zahl der Lehrstellenbewerber im Jahresvergleich um 5% auf gut 81 000 zugenommen. In der Bilanz herrschte im vergangenen Jahr zwar immer noch ein Angebotsüberhang von rund 5 000 Lehrstellen, doch ist dieser seit dem Ende des Berufsberatungsjahres 1991/92 von rund 74 000 fast völlig geschrumpft. So wurde es im vergangenen Jahr für die Jugendlichen sowohl in regionaler als auch in fachlicher Hinsicht nochmals schwieriger, einen geeigneten Ausbildungsplatz zu finden. Dies äußerte sich in der Zahl der noch nicht vermittelten Bewerber, die 1995 um fast 14% auf rund 2 000 Jugendliche angestiegen ist.

Im vergangenen Jahr ist das Lehrstellenangebot in allen Berufsgruppen zurückgegangen. Besonders stark ausgeprägt war diese Tendenz bei den Textil- und Bekleidungsberufen, bei Elektrikern und in der Baubranche. Bezieht man zur Beurteilung des Lehrstellenmarktes die Berufswünsche der Lehrstellenbewerber mit ein, so hat sich die Situation insbesondere für junge Leute verschlechtert, die technische Berufe oder Sicherheits-, künstlerische und Gesundheitsberufe ergreifen wollten. In diesen Berufsgruppen kamen rund zwei Bewerber auf eine Lehrstelle. Aber auch bei den Verwaltungs- und Büroberufen und bei den Elektrikern war die Zahl der Bewerber höher als das Angebot an Ausbildungsplätzen. Hinzu kommt, daß sich eine Trendwende bei der Ausbildungssituation in der Berufsgruppe der Kaufleute vollzogen hat. Von 1988 bis 1994 war in dieser bei den Jugendlichen beliebtesten Berufsgruppe – rund 20% aller Bewerber wollten im vergangenen Jahr einen kaufmännischen Beruf ergreifen – das Lehrstellenangebot größer als die Zahl der Bewerber. Im vergangenen Jahr hat

sich dieses Verhältnis umgekehrt, weil die Zahl der Ausbildungsplätze nochmals stark eingeschränkt wurde. Nach wie vor gute Chancen, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, hatten die Jugendlichen dagegen bei den Ernährungs-, Metall- und Bauberufen.

Insgesamt kann man davon ausgehen, daß die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt auch 1996 sehr angespannt bleibt. Im vergangenen Jahr haben rund 10000 Jugendliche – das sind fast 20% mehr als ein Jahr zuvor – nach dem Beenden der schulischen Ausbildung ein Berufsvorbereitungsjahr und damit eine einjährige Warteschleife auf einen Ausbildungsplatz durchlaufen. Diese jungen Leute werden im laufenden Jahr als „Altnachfrager“ auf den Lehrstellenmarkt drängen. Hinzu kommt, daß die Zahl der Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen ansteigt. Zusätzlich verschärfen könnte sich die Situation auf dem Lehrstellenmarkt, wenn die Bereitschaft der Betriebe weiter nachläßt, Ausbildungsplätze im Bereich der kaufmännischen Berufe – der Berufsgruppe mit den meisten Bewerbern – anzubieten.

Verarbeitendes Gewerbe: 1995 war das Jahr der enttäuschten Hoffnungen

Das Verarbeitende Gewerbe Baden-Württembergs hatte sich 1994 von der schärfsten Rezession der Nachkriegszeit weitgehend erholt und war mit durchaus optimistischen Erwartungen ins Jahr 1995 gegangen. Bei einer eher moderaten Erhöhung der Produktion um 3 1/2% und einer weiter rückläufigen Beschäftigung näherte vor allem der Anstieg der realen Auftragseingänge um knapp 7% im Jahr 1994 die Hoffnung, der konjunkturelle Aufschwung werde an Dynamik gewinnen. Diese Hoffnung hat sich 1995 jedoch nur im Ansatz erfüllt. Nach befriedigendem Geschäftsverlauf zu Beginn des Jahres haben die kräftigen Turbulenzen

auf den internationalen Devisenmärkten und das Nachlassen der konjunkturellen Dynamik in den USA und in Westeuropa zu einer deutlichen Verunsicherung in der Wirtschaft bezüglich des künftigen Konjunkturverlaufs geführt. Daraus resultierten bei vielen Unternehmen im In- und Ausland Investitionsentscheidungen, die wesentlich zurückhaltender ausfielen, als ursprünglich anzunehmen war. Das Verarbeitende Gewerbe in Baden-Württemberg, das besonders stark von der Investitionsgüterindustrie geprägt ist, mußte auf diese Weise im Verlauf des Jahres 1995 seine Geschäftserwartungen nach unten korrigieren.

Besonders deutlich wird dies bei der Ordertätigkeit: Zwar lagen die nominalen Auftragseingänge in den ersten neun Monaten 1995 im Gesamtergebnis um 3% über dem entsprechenden Wert für 1994.² Das Tempo des Zuwachses hat sich jedoch im Jahresverlauf drastisch verringert: Während im 1. und 2. Quartal der Zuwachs gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum noch 4 1/2% bzw. 4% betrug, lagen die nominalen Auftragseingänge im Zeitraum von Juli bis September 1995 sogar um 1/2% unter dem Wert des 3. Quartals 1994.

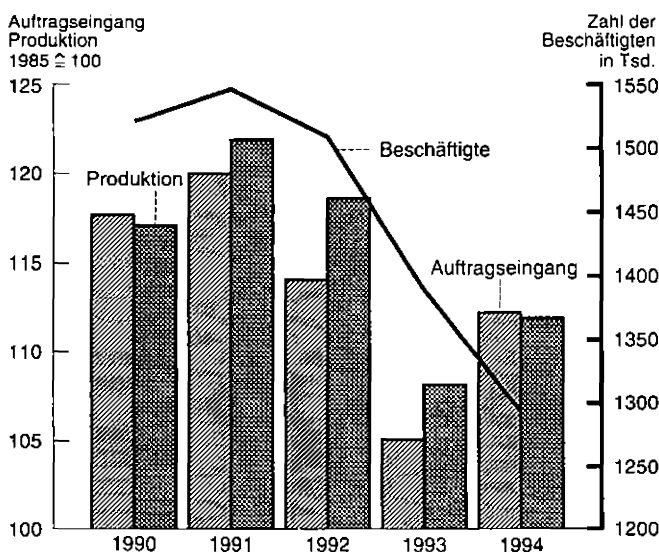
Abschwächung vor allem im Auslandsgeschäft

Das Nachlassen der Dynamik war bei den Auslandsorders besonders ausgeprägt: Jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nahmen sie im 1. Quartal 1995 um 4 1/2%, im 2. Quartal jedoch nur noch um 2 1/2% zu. Im 3. Quartal lagen sie dann sogar um 2% unter dem Vorjahreswert. Dies führte auch dazu, daß der Zuwachs der Auslandsbestellungen in den ersten neun Monaten des Jahres 1995 insgesamt mit 2% unter dem der Aufträge aus dem Inland mit 3 1/2% blieb. Gegenüber dem beginnenden Konjunkturaufschwung, als die stark ansteigenden Auslandsbestellungen als Initialzündung fungierten, hat sich also mittlerweile bei einer insgesamt nachlassenden Dynamik eine gewisse Verlagerung auf die Inlandsnachfrage ergeben.

Berücksichtigt man die typische zeitliche Verzögerung zwischen Auftragseingang und Umsatz, beschreibt die Entwicklung der wertmäßigen Umsätze denselben Sachverhalt. Von Januar bis September 1995 tätigten die Betriebe zwar Gesamtumsätze, die um 4% höher sind als in den ersten neun Monaten des Jahres 1994. Doch auch hier ließ das Tempo des Zuwachses von Quartal zu Quartal nach: Wurde im 1. Quartal noch ein kräftiges Umsatzwachstum von 7 1/2% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum erzielt, waren es im 2. Quartal nur 2 1/2% und im 3. Quartal gar nur noch 1 1/2%. Speziell im Auslandsgeschäft konnte in den ersten drei Quartalen 1995 ein Umsatzplus von 6 1/2% erzielt werden, das deutlich höher war als das im Inland von 3%. Auch hier wird die bereits angesproche-

Schaubild 6

Auftragseingang, Produktion und Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs seit 1990

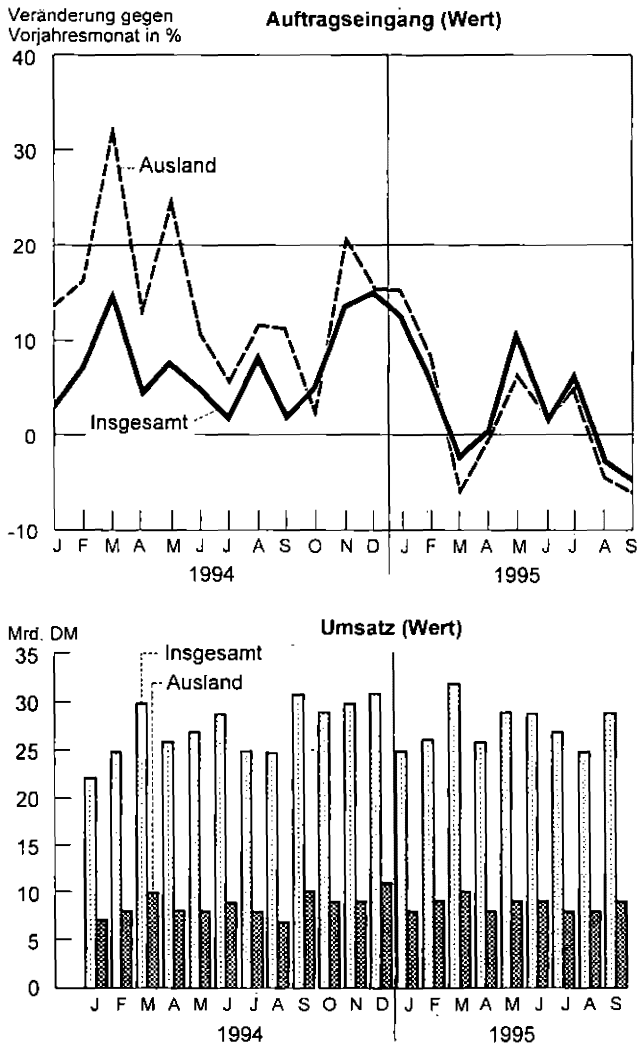


Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

509 95

² Durch die von der Europäischen Union verordnete Umstellung der Statistiken auf völlig neue Klassifikationen für Produkte und Wirtschaftszweige kann der Vergleich von Eckwerten für das Verarbeitende Gewerbe nur mit einer behelfsmäßigen Umschlüsselung der Ergebnisse für 1994 in die ab Januar 1995 geltende Systematik erfolgen. Die bislang vorliegenden, vorläufigen Eckwerte für 1995 repräsentieren diesen Wirtschaftsbereich daher nur nach alter Abgrenzung ohne die 1995 neu hinzugekommenen Wirtschaftszweige. Differenzierte Vergleiche der für 1995 vorliegenden Daten mit entsprechenden Vorjahreswerten auf der Ebene einzelner Wirtschaftszweige müssen vorerst ganz entfallen.

Auftragseingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1994 und 1995



1994 Rückrechnung nach neuer Systematik-Abgrenzung WZ 93 (ohne die neu hinzugekommenen Wirtschaftsbereiche) mit Originaldaten der Monatsergebnisse nach alter Systematik (SYPRO).
1995 aus Vergleichbarkeitsgründen gleichfalls ohne neu hinzugekommene Wirtschaftsbereiche.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

519 95

ne zeitliche Verzögerung bemerkbar, die die Exporteure noch vom Boom bei den Auslandsorders im Jahr 1994 profitieren ließ.

Im Gegensatz zu der zwar an Dynamik verlierenden, aber insgesamt positiven Entwicklung von Auftragseingang und Umsatz gab es bei der Beschäftigung auch 1995 bislang keine Trendwende. Infolge der Rezession, aber auch im Zuge starker Rationalisierungsbemühungen hatten die Unternehmen die Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe von 1991 bis 1994 bereits um über 250 000 reduziert. Damit war jeder sechste Arbeitsplatz in der südwestdeutschen Industrie verlorengegangen. Im Zeitraum von Januar bis September 1995 wurden weitere 38 000 Stellen abgebaut. Das Tempo des Arbeitsplatzabbaus ließ jedoch im Verlauf des Jahres deutlich nach: Lag der Personalstand im 1. Quartal noch um 4% unter dem Vorjahresniveau, reduzierte sich der Rückgang im 2. Quartal auf 3% und im 3. Quartal auf 2%.

Für 1996 ist nur ein mäßiger Produktionsanstieg zu erwarten

Aufgrund der Entwicklung der Auftragseingänge in den ersten neun Monaten des Jahres 1995 ist im Verarbeitenden Gewerbe des Landes für 1996 wenig Dynamik zu erwarten. Zwar wird sich die Produktion vermutlich nochmals erhöhen, der Zuwachs dürfte jedoch deutlich geringer ausfallen als im Jahr 1995. Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt auch die Umfrage der Industrie- und Handelskammern im Land³: Danach wird zwar die aktuelle Lage der im Land dominierenden Investitionsgüterindustrie noch vergleichsweise positiv eingeschätzt. Allerdings wurden insbesondere im Fahrzeug- und im Maschinenbau die Wachstumserwartungen merklich zurückgeschraubt.

Im Verarbeitenden Gewerbe des früheren Bundesgebiets ist in etwa mit derselben Entwicklung zu rechnen: So äußerten die westdeutschen Industrieunternehmen in einer ifo-Umfrage⁴ für 1996 Produktionserwartungen, die etwa 2 bis 3% über denen für 1995 liegen. Für 1995 selbst rechnen die Unternehmen aber noch mit einem Produktionswachstum von 5% gegenüber 1994. Sowohl in Baden-Württemberg als auch im Bundesgebiet werden solche Wachstumsraten auch 1996 nicht ausreichen, um eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen. Dies gilt umso mehr, als die Nachfrage nach Investitionsgütern in den beiden letzten Jahren hauptsächlich vom Bemühen um eine kräftige Reduzierung der Personalkosten gekennzeichnet war. Dies gibt Anlaß zu der Vermutung, daß auch für 1996 eher mit Rationalisierungs- als mit Erweiterungsinvestitionen zu rechnen ist.

Außenhandel: Exportwachstum verlangsamt

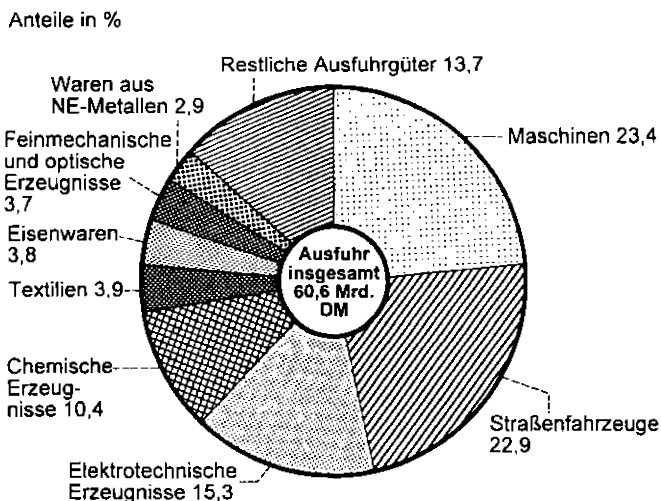
Im 1. Halbjahr 1995 wurden Waren im Wert von 60,6 Mrd. DM aus Baden-Württemberg ins Ausland ausgeführt.⁵ Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine nominale Steigerung von knapp 6%, nachdem im gesamten Jahr 1994 ein Zuwachs von mehr als 9% erzielt worden war. Der Export blieb damit weiterhin eine wichtige Stütze der konjunkturellen Entwicklung. Allerdings hat er im Jahresverlauf deutlich an Dynamik verloren, denn noch im 1. Quartal 1995 hatte der nominale Zuwachs der Ausfuhren stattliche 10% betragen. Gebremst wurde das Exportwachstum hauptsächlich von einer konjunkturellen Abschwächung in den westlichen Industrieländern und durch die starken Währungsturbulenzen, die bis zur Mitte des Jahres 1995 andauerten. Die starke Aufwertung der DM gegenüber dem US-Dollar und – für Baden-Württemberg ebenso gewichtig – den Währungen vieler europäischer Nachbarländer dürfte zwar im 1. Halbjahr 1995 durch die Hinnahme geringerer Gewinnspannen teilweise aufgefangen worden sein. Die zu Beginn des Jahres noch als überaus günstig einzustufenden Exporterwartungen für das gesamte Jahr 1995 wurden dadurch jedoch deutlich beeinträchtigt.

³ Vgl. Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg: Verhalteneres Wachstum. Industrie- und Handelskammerbericht über die Wirtschaftslage in Baden-Württemberg nach dem dritten Quartal 1995, Stuttgart, im Oktober 1995.

⁴ Vgl. Jäckel/Lehne: Graphoskopie: Deutlich verlangsamter Produktionszuwachs. Die westdeutsche Industrie erwartet bis Ende 1996 eine moderate Aufwärtsentwicklung, in: ifo-Schnelldienst, Heft 28/1995, 9. Oktober 1995, S. 3 - 7.

⁵ Vorläufiges Ergebnis.

Ausfuhr Baden-Württembergs im 1. Halbjahr 1995 nach Waren



Statistisches Landesamt Baden · Württemberg

514 95

Den bedeutendsten Beitrag zur Exportsteigerung im 1. Halbjahr 1995 leistete der Maschinenbau, der nach wie vor den höchsten Anteil an den gesamten Ausfuhrungen des Landes innehat. Hier konnte mit mehr als 8% die Wachstumsrate des Jahres 1994 von gut 7 1/2 % sogar noch übertroffen werden. Positive Effekte gingen auch von den Kraftfahrzeugen mit gut 6 1/2% und den Chemischen Erzeugnissen mit fast 9 1/2% Zuwachs aus. Dagegen nahm die Ausfuhr elektrotechnischer Erzeugnisse mit 4% vergleichsweise schwach zu. Von den bedeutenderen Warengruppen war lediglich bei der Ausfuhr von Textilien mit -2 1/2% ein absoluter Rückgang zu beklagen. Die schwierige Situation der heimischen Textilindustrie im Exportgeschäft hat sich damit nach dem herben Rückgang im Jahr 1993 mit knapp 10% und der Stagnation 1994 weiter verschlechtert.

Konjunkturelle Abschwächung in Westeuropa und den USA

Insbesondere in den EU-Mitgliedstaaten und den USA hat der Konjunkturaufschwung im Verlauf des Jahres 1995 einen Teil seiner ursprünglichen Dynamik eingebüßt. Hinzu kommt die Aufwertung der DM gerade gegenüber den Währungen in diesen Ländern. Folglich konnten die Ausfuhrungen in die EU, in die über die Hälfte aller Exporte des Landes geht, im 1. Halbjahr 1995 zwar nochmals um gut 6% erhöht werden;

Tabelle 6

Ausfuhr Baden-Württembergs im 1. Halbjahr 1995 nach Handelspartnern

Handelspartner	Ausfuhr (Spezialhandel)			
	Mill. DM	Anteile in %	Veränderung gegen 1. Halbjahr 1994 in %	Veränderung 1994 gegen 1993 in %
Europa	41 353,2	68,3	+ 5,9	+ 9,8
davon				
EU-Länder	31 214,9	51,6	+ 6,1	+ 9,4
darunter				
Belgien-Luxemburg	2 685,6	4,4	+ 5,5	+ 12,7
Frankreich	7 017,9	11,6	+ 6,0	+ 8,5
Großbritannien	4 100,7	6,8	+ 10,2	+ 12,2
Italien	4 894,8	8,1	+ 3,0	+ 13,7
Niederlande	3 191,1	5,3	+ 12,7	+ 8,5
Österreich	3 369,3	5,6	- 11,2	+ 5,7
Schweden	1 414,9	2,3	+ 15,8	+ 22,9
Spanien	2 168,4	3,6	+ 26,0	+ 9,7
EFTA-Länder ¹⁾	5 751,0	9,5	+ 10,3	+ 11,2
darunter				
Schweiz	5 297,0	8,7	+ 10,6	+ 11,2
Reformländer ²⁾	3 203,8	5,3	0,0	+ 20,0
darunter				
Polen	595,5	1,0	+ 9,6	+ 8,2
Tschechische Republik	791,7	1,3	+ 20,7	+ 23,8
Ungarn	629,2	1,0	+ 9,4	+ 28,0
ehemalige Sowjetunion	788,7	1,3	- 27,9	+ 17,4
Übriges Europa	1 183,5	2,0	- 2,2	- 11,5
Afrika	1 452,3	2,4	+ 6,6	+ 1,9
Amerika	8 128,0	13,4	+ 4,7	+ 10,0
darunter				
Vereinigte Staaten	6 170,5	10,2	+ 4,3	+ 10,5
Asien	9 026,6	14,9	+ 6,9	+ 7,2
darunter				
Japan	1 996,6	3,3	+ 17,0	- 2,8
China	715,1	1,2	+ 0,2	- 25,7
Asiatische Schwellenländer ³⁾	3 597,7	5,9	+ 8,9	+ 23,0
Australien und Ozeanien	576,1	1,0	+ 7,9	+ 19,0
Insgesamt	60 551,5	100	+ 5,9	+ 9,2

¹⁾ Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz. - ²⁾ Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, Polen, Tschechische Republik und Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. - ³⁾ Hongkong, Singapur, Taiwan, Südkorea, Malaysia, Thailand.

der Zuwachs im Jahr 1994 hatte jedoch noch fast 9 1/2% betragen. Noch ausgeprägter ist die Abschwächung im USA-Geschäft: Nach einem Plus von 10 1/2% im Jahr 1994 konnten die Exporte im 1. Halbjahr 1995 nur noch um etwas mehr als 4% ausgedehnt werden. Erfreulich verlief dagegen die Entwicklung der Ausfuhrungen in die EFTA-Länder, hier - flankiert von einem stabilen Wechselkurs - vor allem in die Schweiz. Gleiches gilt für die Reformländer in Osteuropa mit Ausnahme des Gebietes der ehemaligen Sowjetunion und für Asien. Die Exporte in diese Ländergruppen konnten im 1. Halbjahr 1995 jeweils mit einer ähnlich hohen Rate gesteigert werden wie im Jahr 1994.

Während der Zuwachs der Ausfuhrungen nach Frankreich, dem größten Handelspartner Baden-Württembergs überhaupt, ein durchschnittliches Niveau erreichte, gab es im Handel mit anderen EU-Mitgliedstaaten höchst unterschiedliche Entwicklungen zu verzeichnen. So erfuhren die Exporte nach Spanien, Großbritannien und in die Niederlande geradezu einen Boom. Dagegen blieb das Wachstum der Ausfuhrungen nach Italien unter dem Druck der starken Lira-Abwertungen mit 3% relativ schwach. Die Ausfuhrungen nach Österreich verringerten sich trotz der stabilen Währungsrelation ebenfalls in starkem Maße.

Verschlechterung der Währungsrelationen

Maßgeblich für die weitere Entwicklung der Ausfuhren ist jedoch nicht nur der Konjunkturverlauf in den Absatzländern. Die Wettbewerbsposition der baden-württembergischen Exporteure wird überdies stark von den Währungsrelationen bestimmt, die am besten mit dem Index des Außenwertes der DM⁶ dargestellt werden können. Dabei wird deutlich, daß die DM gegenüber den meisten Währungen der wichtigsten Handelspartner Baden-Württembergs bereits 1994 kontinuierlich und zu Beginn des Jahres 1995 dann sprunghaft höher bewertet wurde. Dies gilt trotz der Interventionen der beteiligten Notenbanken insbesondere für die italienische Lira, die spanische Peseta, den US-Dollar und das britische Pfund. Dagegen blieben die Wechselkurse gegenüber dem japanischen Yen, dem Schweizer Franken und auch dem französischen Franc vergleichsweise stabil.

Wie bereits angesprochen, findet eine Verschlechterung der Währungsrelationen erst mit einer zeitlichen Verzögerung ihren Niederschlag im Exportergebnis. Zum einen werden nämlich viele ausgeführte Waren nicht in der jeweiligen Landeswährung, sondern in DM fakturiert. Zum anderen müssen wechselkursbedingte Kostensteigerungen nicht sofort zu Preiserhöhungen führen, wenn sie zunächst noch durch eine Reduktion der Gewinnspanne abgefangen werden können. Von daher dürften sich die Währungsturbulenzen zu Beginn des Jahres erst im 2. Halbjahr voll auf das Exportergebnis auswirken. Das Wachstum der Ausfuhren im gesamten Jahr 1995 wird daher nicht nur hinter dem des Jahres 1994, sondern auch hinter dem des 1. Halbjahres 1995 zurückbleiben. Dies gilt umso mehr, als die konjunkturelle Entwicklung in den meisten Absatzländern 1995 nicht so dynamisch verlief wie noch zu Jahresbeginn angenommen.

Gegen Mitte des Jahres 1995 ist auf den internationalen Devisenmärkten wieder etwas Ruhe eingekehrt. Der Außenwert der DM hat sich zumindest teilweise wieder zurückgebildet, so daß sich die Exportbedingungen für 1996 wieder verbessert haben. Inwieweit sich die genannten Währungen in den nächsten Monaten dauerhaft erholen werden, bleibt aber ebenso mit Unsicherheit behaftet wie die Konjunkturentwicklung in den wichtigsten Abnehmerländern. Zwar dürften die Ausfuhren nach einer Abschwächung im Jahre 1995 in den kommenden Monaten wieder etwas stärker wachsen, vom Export wird damit für den weiteren Konjunkturverlauf aber keine so große Dynamik mehr ausgehen wie bisher.

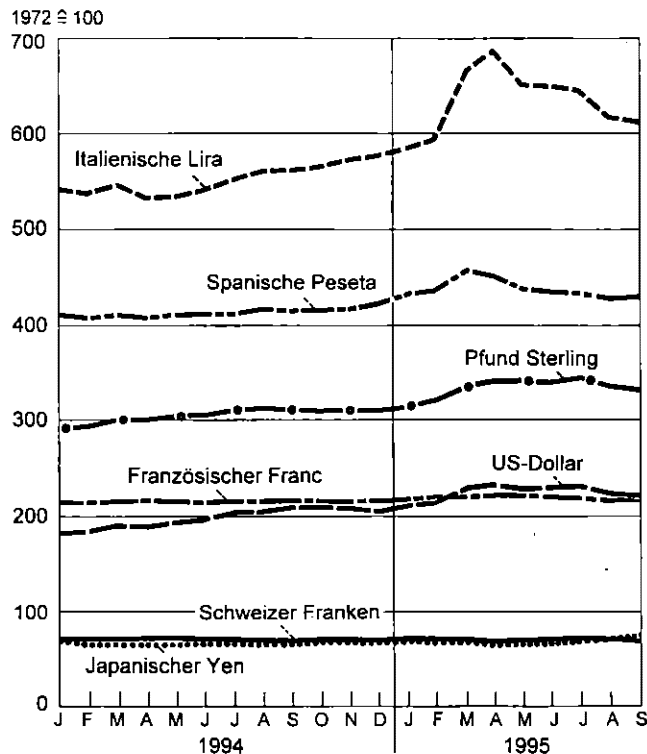
Bauwirtschaft: Ende des Booms

Die Situation im Bauhauptgewerbe des Landes gestaltet sich zunehmend schwieriger. Die Baukonjunktur, im beginnenden Aufschwung neben den Exporten noch der wichtigste Impulsgeber für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, hat sich im Verlauf des Jahres 1995 merklich abgekühlt. Das

⁶ Vgl. hierzu Deutsche Bundesbank: Aktualisierung der Außenwertberechnungen für die D-Mark und fremde Währungen, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1989, S. 44 - 52.

Schaubild 9

Außenwert der DM gegenüber ausgewählten anderen Währungen von Januar 1994 bis September 1995



Quelle: Deutsche Bundesbank.

Statisches Landesamt Baden-Württemberg

520 85

deutlichste Indiz hierfür ist der Wert der Auftragseingänge von Januar bis September 1995, der um mehr als 3% unter dem allerdings sehr hohen Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums lag. Zwar schwächte sich der Rückgang der

Tabelle 7

Wertindex der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe Baden-Württembergs 1995

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	Januar bis September
	Veränderung gegen 1994 in %			
Bauhauptgewerbe insgesamt	- 2,2	- 6,8	- 0,2	- 3,2
davon				
Hochbau	- 2,6	- 12,8	- 9,2	- 8,5
darunter				
Wohnungsbau	- 10,8	- 15,2	- 11,1	- 12,4
gewerblicher und industrieller Bau	+ 10,2	- 10,3	- 8,7	- 3,8
öffentlicher Bau ¹⁾	+ 9,2	- 5,9	- 4,4	- 1,3
Tiefbau	- 1,1	+ 7,1	+ 19,5	+ 8,9
darunter				
Straßenbau	- 1,8	+ 4,2	- 2,3	+ 0,2
gewerblicher und industrieller Bau	- 0,7	- 4,9	+ 17,7	+ 3,9
sonstiger öffentlicher Bau ¹⁾	+ 5,4	+ 16,6	+ 52,5	+ 24,9

¹⁾ Ohne Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost, einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter.

nominalen Auftragseingänge im 3. Quartal deutlich ab, dies ist jedoch auch Folge der Vergabe von Aufträgen für ein großes Projekt im öffentlichen Tiefbau.

Wie schon 1994, seinerzeit freilich unter umgekehrtem Vorzeichen, wurde die Gesamtentwicklung in den ersten neun Monaten 1995 ganz entscheidend vom starken Rückgang der Auftragseingänge im Wohnungsbau um über 12% bestimmt. Eine weniger stark ausgeprägte, aber ebenfalls rückläufige Tendenz zeigen die nominalen Auftragseingänge im gewerblich-industriellen und öffentlichen Hochbau. Die Entwicklung im Tiefbau verlief mit einem Zuwachs um knapp 9% zwar wesentlich freundlicher, konnte den Abwärtstrend im Hochbau aber nicht kompensieren. Hier spielen trotz knapper öffentlicher Kassen offenbar nicht länger aufschiebende Infrastrukturinvestitionen eine bedeutende Rolle.

Stagnation der Rohbauleistung

Die typische zeitliche Verzögerung zwischen Auftragseingang und Produktion ließ das baden-württembergische Bauhauptgewerbe bislang noch von der ausgesprochen günstigen Entwicklung der Auftragseingänge im Jahr 1994 profitieren. Die reale und kalenderbereinigte Rohbauleistung von Januar bis September 1995 entsprach daher noch der des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Der schwache Auftragseingang des Jahres 1995 im Hochbau hinterließ aber bereits deutliche Spuren: Übertraf im 1. Quartal 1995 die gesamte Rohbauleistung den entsprechenden Vorjahreswert noch um knapp 3%, lag sie im 2. und im 3. Quartal jeweils um rund 1% darunter.

Eine ähnliche Entwicklung wie die Rohbauleistung nahmen die realen Auftragsbestände im Hochbau: Vor dem Hintergrund des rückläufigen Auftragseingangs waren sie am Ende des 1. Quartals 1995 noch um rund 3% höher als zum entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres, ab Jahresmitte aber bereits niedriger: im Juni um rund 4% und im September gar um rund 7%. Dagegen verfügten die Betriebe im Tiefbau – begünstigt durch Auftragseingänge im Zusammenhang mit dem bereits angesprochenen Großprojekt – am Ende des 3. Quartals 1995 über Auftragsreserven, die um gut 23% höher waren als Ende September 1994.

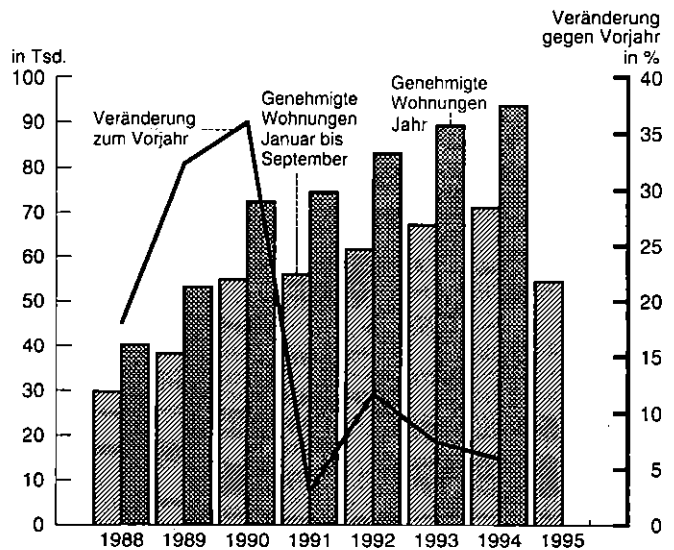
Mit der Stagnation der gesamten realen Rohbauleistung ging eine Reduzierung der Beschäftigung einher: Im Zeitraum von Januar bis September 1995 wurden rund 5% weniger Arbeitsstunden geleistet als in den ersten neun Monaten des Vorjahres. Ein Teil des Beschäftigungsrückgangs konnte jedoch über den Abbau von Überstunden und durch Kurzarbeit abgefangen werden, so daß sich die Zahl der Beschäftigten in dem genannten Zeitraum nur um knapp 2% reduzierte.

Rückläufige Tendenzen im Wohnungsbau

Ein weiteres Indiz für den starken Rückgang der Wohnungsbaunachfrage ist die Entwicklung der erteilten Baugenehmigungen. Mit 107 000 zum Bau freigegebenen Wohnungen (davon fast 94 000 in neu zu errichtenden Wohngebäuden) war 1994 noch ein neuer Genehmigungsrekord

Schaubild 10

Genehmigte Wohnungen*) in Baden-Württemberg seit 1988



*) In neu zu errichtenden Wohngebäuden.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

510 95

erzielt worden. Ähnlich hohe Genehmigungszahlen hatte es im Land bisher nur Anfang der 60er und Anfang der 70er Jahre gegeben. In den ersten neun Monaten des Jahres 1995 wurden dagegen nur knapp 63 500 Wohnungen genehmigt, rund 22% weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dies ist zwar das schlechteste Ergebnis der letzten fünf Jahre, andererseits wurden aber bereits in den ersten drei Quartalen 1995 mehr Wohnungen genehmigt als noch 1989 im gesamten Jahr. Dies macht deutlich, auf welch hohem Niveau sich die Wohnungsbaunachfrage in den 90er Jahren bisher bewegt.

Ebenso wie bei den Baugenehmigungen war 1994 auch bei der Fertigstellung neuer Wohnungen ein neuer Rekord erzielt worden. Erstmals seit 20 Jahren war durch Neubau von Wohn- und Nichtwohngebäuden sowie Baumaßnahmen im Bestand mit fast 102 000 neu bezugsfertigen Wohnungen die magische Grenze von 100 000 wieder überschritten worden. Höhe und Struktur des Bauüberhangs – das sind die bereits genehmigten, aber bis zum Ende des Jahres 1994 noch nicht fertiggestellten Wohnungen – lassen ein Fertigstellungsvolumen von etwas mehr als 95 000 Wohnungen für 1995 erwarten. Wenn damit auch das Rekordergebnis von 1994 nicht ganz erreicht wird, so zählen die Fertigstellungen 1995 doch zu den höchsten der Nachkriegszeit im Land. Durch das anhaltende, sehr hohe Niveau der Wohnungsfertigstellungen wurde jedenfalls ein wesentlicher Beitrag zur Entspannung der Situation auf dem Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg geleistet.

Für 1996 ist keine Besserung in Sicht

Insgesamt gesehen dürften sich die Aussichten des Bauhauptgewerbes aber nach der Eintrübung im Verlauf des Jahres 1995 auch 1996 kaum aufhellen: Die Wohnungsbaunachfrage wird sich aufgrund des Abbaus steuerlicher Vergünstigungen auch 1996 weiter abschwächen und zwangs-

läufig in eine geringere Bauleistung münden. Dieser Rückgang wird so deutlich ausfallen, daß weder die Auftrags-
einträge im gewerblich-industriellen Bau noch die wegen
der angespannten Haushaltssituation ohnehin einge-
schränkten öffentlichen Bauvorhaben eine Kompensation
herbeiführen können. So wird nach der zu erwartenden
Stagnation 1995 von der Bauwirtschaft des Landes 1996
wohl eine dämpfende Wirkung auf den gesamtwirtschaftli-
chen Produktionsanstieg ausgehen.

Insolvenzen steigen weiter

In Baden-Württemberg zeichnet sich im Jahr 1995 – dem
zweiten Jahr in Folge – erneut ein Insolvenzenrekord ab.
Mit 2533 beantragten Konkurs- und eröffneten Vergleichs-
verfahren lagen die Insolvenzen bis einschließlich Septem-
ber rund 11% über dem bereits schon sehr hohen Vorjah-
resniveau. Daß die Insolvenzfälle noch geraume Zeit nach
dem Rezessionsjahr anhaltend hoch sein oder gar noch
steigen können, ist nach dem bisherigen Verlaufsmuster
früherer Rezessionen durchaus zu erwarten. Außerge-
wöhnlich bei der Entwicklung in den 90er Jahren ist jedoch
das im Vergleich zur Insolvenzsituation zu Beginn der 80er
Jahre hohe Tempo der Zunahme. Dieses hohe Tempo hat
sich jedoch in diesem Jahr wieder abgeschwächt und war
nur noch halb so hoch wie im vergangenen Jahr (1991:
+1%, 1992: +11%, 1993: +19%, 1994: +22%, 1995: +11%).
Auch im Verlauf des Jahres 1995 ist der prozentuale
Zuwachs der Insolvenzen vom 1. bis zum 3. Quartal von
26% auf knapp 4% gegenüber dem entsprechenden Vor-
jahreszeitraum zurückgegangen.

Die Gesamtentwicklung der Insolvenzen wird seit 1991
vom Verlauf der Unternehmensinsolvenzen geprägt, wäh-
rend die Insolvenzfälle bei den übrigen Gemeinschaftlern
wie private Haushalte, Nachlaßkonkurse und Organisatio-

nen ohne Erwerbzweck nur unterdurchschnittlich stark zu-
 bzw. von Januar bis September 1995 sogar abnahmen.

In den ersten neun Monaten des Jahres 1995 gerieten 1653
Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten, 20% mehr als
im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Ebenso wie die
Insolvenzmeldungen insgesamt haben die Unternehmens-
insolvenzen zuletzt nicht mehr so stark zugenommen wie in
den Jahren 1992 bis 1994. In dieser Gesamtentwicklung
spiegelten sich die Entwicklungen im Verarbeitenden
Gewerbe, aber auch im Dienstleistungsbereich (ohne Han-
del und Verkehr) wider. Demgegenüber sind die Insolvenz-
fälle bei den Bauunternehmen und im Handel etwa genau-
so stark gestiegen wie in den Vorjahren.

Konkret gerieten 1995 nach der in diesem Jahr erstmalig
anzuwendenden neuen Klassifikation der Wirtschaftszwei-
ge von 1993 (WZ 93) im Verarbeitenden Gewerbe innerhalb
der ersten drei Quartale 311 Unternehmen in Zahlungs-
schwierigkeiten, knapp 8% weniger als im Vorjahreszei-
traum. Seit Rezessionsbeginn sind in diesem wichtigen
Wirtschaftsbereich die Insolvenzmeldungen erstmals wie-
der rückläufig. Im Wirtschaftsbereich Grundstücks- und
Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen wur-
den 328 Insolvenzfälle registriert (+18%). Mit +35% kräftig
zugenommen haben die beantragten Konkurs- und eröff-
neten Vergleichsverfahren im Baugewerbe, in dem 315
Insolvenzfälle zu verzeichnen waren, im Handel waren es
402 Fälle (+26%). Auf die Wirtschaftsbereiche Bau und
Handel entfielen demzufolge in den ersten drei Quartalen
1995 die prozentual stärksten Zunahmen bei den Insolvenz-
fällen. Nach der Rezession zu Beginn der 80er Jahre sind
die Insolvenzen im Jahr 1984, dem zweiten Folgejahr der
Rezession, gesunken. Damals waren sowohl die Insolven-
zen im Verarbeitenden Gewerbe als auch im Handel rück-
läufig, und die Insolvenzfälle im Dienstleistungsbereich
nahmen kaum noch zu.

Insgesamt hat sich die Situation bei den Insolvenzen in
Baden-Württemberg während des vergangenen Jahres
verschlechtert, obwohl die Häufigkeitsrelation innerhalb
des früheren Bundesgebiets noch vergleichsweise günstig
ausfallen dürfte.⁷ Der insgesamt geringere Anstieg der
Insolvenzzahlen von Januar bis September 1995 im Ver-
gleich zu den Vorjahren könnte jedoch darauf hindeuten,
daß das Wachstum der Insolvenzfälle allmählich zum Still-
stand kommt. Wie die Erfahrung aus der Rezession zu
Beginn der 80er Jahre lehrt, wäre ein weiterer Anstieg der
Insolvenzfälle im Jahr 1996, dem dritten Folgejahr der
Rezession, nicht ungewöhnlich.

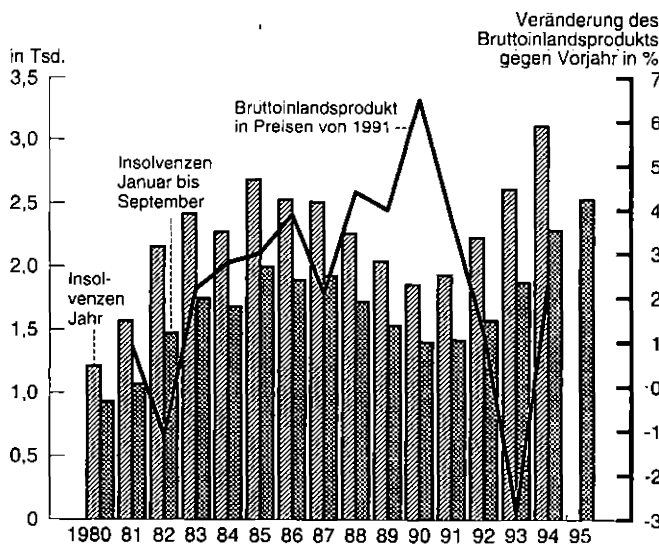
Wie sich die Insolvenzsituation in diesem Jahr entwickeln
wird, hängt davon ab, ob das konjunkturelle Umfeld für
Baden-Württemberg günstiger wird. Die Wirtschaftsfor-
schungsinstitute gehen in ihrem jüngsten Herbstgutachten
davon aus, daß sich die Zunahme der gesamtwirtschaftli-
chen Produktion im Bundesgebiet im Jahresverlauf 1996
beschleunigt.⁸ Infolge der steuerlichen Entlastungseffekte

⁷ Vgl. Bronnenmayer, Klaus, Insolvenzen in Baden-Württemberg 1994, in:
Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 8/1995, S. 364-368. Demnach
kamen 1994 durchschnittlich 51 Insolvenzen auf 10000 Unternehmen in
Baden-Württemberg. Das Land hatte trotz eines überdurchschnittlich star-
ken Anstiegs der Insolvenzfälle bundesweit immer noch die geringste Insol-
venzquote.

⁸ Vgl. Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaft-
licher Forschungsinstitute e.V., Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen
Wirtschaft im Herbst 1995, in: DIW-Wochenbericht 42-43/1995, S. 724 ff.

Schaubild 11

Insolvenzen*) im Konjunkturverlauf in Baden-Württemberg seit 1981



*) Ohne Anschlußkonkurse.

durch das Jahressteuergesetz 1996 und den Wegfall des Kohlepennings könnte der private Konsum spürbar steigen, wovon insbesondere der Handel, aber auch das Verarbeitende Gewerbe profitieren würde. Dagegen dürfte die Insolvenzsituation im Baugewerbe angespannt bleiben.

Bundesweit höhere Ansprüche an den Staat

Zusätzliche Ansprüche an den Staat, aber auch die Finanzierung der deutschen Einheit haben dazu geführt, daß die privaten Haushalte und Unternehmen in den letzten Jahren zunehmend durch Steuern und andere Abgaben belastet wurden. Die Abgabenquote – Anteil der Steuern und Sozialbeiträge am Bruttoinlandsprodukt – nahm kontinuierlich zu und betrug 1994 für das gesamte Bundesgebiet 43,7%. Dabei betrug die Steuerquote – Anteil der Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt – 1994 rund 24,4% und die Sozialbeitragsquote, die den Anteil der Sozialbeiträge an der gesamtwirtschaftlichen Leistung mißt, 19,3%. Die Ausgaben des öffentlichen Sektors beliefen sich gleichzeitig auf 50,2% des Bruttoinlandsprodukts nach 46,1% im Jahr 1990. Diese Zunahme ist auch durch das verhaltene wirtschaftliche Wachstum bei zugleich hoher bleibender Arbeitslosigkeit bedingt. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen (Bundesgebiet) entfallen unter anderem 1994 zu 49% auf Übertragungen und zu 39% auf den Staatsverbrauch, der die allgemeine staatliche Verwaltung, die Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung und beispielsweise auch das Unterrichtswesen, Gesundheitswesen, soziale Sicherung sowie das Wohnungswesen umfaßt.

Übersicht:

Anteil der Steuern und Sozialbeiträge sowie Ausgaben des Staates am Bruttoinlandsprodukt

	1980	1990	1994
Abgabenquote	42,8	40,5	43,7
Steuerquote	25,9	23,6	24,4
Sozialbeitragsquote	16,9	16,9	19,3
Staatsquote ¹⁾	49,0	46,1	50,2

¹⁾ Anteil der Ausgaben des Staates am Bruttoinlandsprodukt.

Auf die Bruttoinvestitionen entfallen 5,2% der gesamten Ausgaben. 1980 wurden dagegen noch 7,4% der Ausgaben für Investitionen eingesetzt, 1970 waren es sogar noch 11,8%. So nahmen die Investitionen von 1993 auf 1994 nur noch um 1% zu, während die Ausgaben insgesamt um 4,2% stiegen. Überproportional stiegen dagegen mit einer Zunahme von 4,8% die Übertragungen, die vor allem soziale Leistungen, Subventionen, aber auch Übertragungen an Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungen umfassen; sie haben damit zunehmend ein größeres Gewicht, während andererseits für Investitionen ein immer kleinerer Spielraum bleibt. Im 1. Halbjahr 1995 sind die staatlichen Investitionen sogar deutlich gesunken. Die realen Ausrüstungsinvestitionen nahmen im Bundesdurchschnitt um 9,9% gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum ab, die realen Bauinvestitionen um 3,8%.

Bei den Ausgaben der staatlichen Haushalte haben insbesondere auch die Zinszahlungen auf öffentliche Schulden deutlich zugenommen. So belaufen sich 1994 die Zinsen auf öffentliche Schulden im gesamten Bundesgebiet

(113 Mrd. DM) auf 3,4% des Bruttoinlandsprodukts, 1990 waren es noch 2,6%. Die Verschuldung aller öffentlichen Haushalte Deutschlands belief sich Ende 1994 – laut den Angaben der Deutschen Bundesbank – auf 1655 Mrd. DM. Die Verschuldung der westdeutschen Länder betrug 414 Mrd. DM, die der westdeutschen Gemeinden 158 Mrd. DM. Das bedeutet in den westdeutschen Ländern eine Verschuldung pro Kopf von 6291 DM, für die westdeutschen Gemeinden errechnen sich je Einwohner 2402 DM.

Deutlich geringer ist die Pro-Kopf-Verschuldung in Baden-Württemberg. So belief sich die Verschuldung des Landes Ende 1994 auf 49 Mrd. DM. Das sind je Einwohner 4788 DM. Dabei nahm die Verschuldung des Landes von 1993 bis Ende 1994 um 3,5% zu; die Verschuldung je Einwohner um 3,1%. Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich Ende 1994 auf 17 Mrd. DM (+0,7%), das waren je Einwohner 1673 DM (+0,2%). Die Verschuldung der Gemeinden/Gv. stieg somit von 1993 bis Ende 1994 um 113 Mill. DM.

Konsolidierung des Landeshaushalts

Im Landeshaushalt Baden-Württemberg wird auch 1995 und 1996 die Konsolidierung der Finanzen Vorrang vor anderen Zielen haben. Der Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1995 wurde durch einen Nachtrag auf rund 60,4 Mrd. DM (Stand Oktober) veranschlagt. Die Ausgaben des Landes werden 1995 voraussichtlich zu 65,6% aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, zu 29,5% aus „übrigen“ Einnahmen und zu 4,9% aus Verwaltungseinnahmen gedeckt. An Personalausgaben werden 1995 voraussichtlich rund 21,8 Mrd. DM (36,1% der Gesamtausgaben) anfallen. Mit 6,4 Mrd. DM werden rund 10,6% der Landesausgaben für Investitionen und Investitionsförderung ausgegeben. Etwa über die Hälfte der gesamten Ausgaben wird für sächliche Verwaltungsausgaben, Schuldendienst sowie Zuweisungen und Zuschüsse verwendet. Als Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt sind 1995 rund 2,1 Mrd. DM vorgesehen.

Die laufenden Steuereinnahmen des Landes Baden-Württemberg blieben von Januar bis September 1995 hinter der Planung zurück. Insgesamt beliefen sich die Steuereinnahmen auf 27,2 Mrd. DM, das waren 6,3% mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum; die Planung veranschlagte ein Plus von 9,7%, während aber die Einnahmen aus Gemeinschaftssteuern 7,7% auf 23,2 Mrd. DM anstiegen, war bei den reinen Landessteuern ein Minus von 0,9% (4,1 Mrd. DM) zu verzeichnen.

Ergiebigste Steuern waren die Steuern vom Einkommen. Die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer beliefen sich auf 13,7 Mrd. DM. Das waren 4,2% mehr als in den ersten drei Quartalen des Vorjahrs. Dabei war der Einnahmefluß bei der Lohn- und Einkommensteuer zusammengenommen schwächer, wobei die Lohnsteuer auch durch die Nachzahlungen infolge der höheren Tarifabschlüsse um 3,5% gestiegen ist. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer des Landes stiegen um 1,2% und beliefen sich nach den ersten drei Quartalen auf 6,6 Mrd. DM. Das Umsatzsteueraufkommen insgesamt ging dagegen um 3,5% zurück. Ausschlaggebend hierfür dürfte auch die nur mäßig gestiegene Verbrauchsnachfrage im Inland gewe-

sen sein, in der sich nicht zuletzt die Spuren der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Abgabenerhöhungen zeigten.

Wichtigste Einzelsteuer unter den Landessteuern war die Kraftfahrzeugsteuer, die gegenüber den ersten drei Quartalen des Vorjahres um 0,5% auf 1,53 Mrd. DM stieg, gefolgt von der Vermögensteuer, die um 22,3% auf rund 1 Mrd. stieg. Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer sanken dagegen um 18,8% und beliefen sich auf rund 0,7 Mrd. DM.

Außerdem konnte das Land Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit in Höhe von rund 0,7 Mrd. DM (-2,6%) sowie aus Zuweisungen und Zuschüssen (einschließlich für Investitionen) in Höhe von 5,4 Mrd. DM verbuchen.

An Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt wurden in den ersten 3 Quartalen insgesamt rund 5,75 Mrd. DM (+1,3%) gebucht. Diesen Einnahmen aus Schuldenaufnahmen stehen 5,4 Mrd. DM Tilgungsausgaben gegenüber. Die Nettokreditaufnahme belief sich damit auf rund 0,4 Mrd. DM. Die Nettokreditermächtigung des Haushaltsplans 1995 beträgt 2,1 Mrd. DM.

Bei den den Gesamteinnahmen⁹ von 35,4 Mrd. DM (+4,8%) gegenüberstehenden Gesamtausgaben von 38,3 Mrd. DM (+7,8%) entfielen 16,4 Mrd. DM auf die Personalausgaben, die gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,4% stiegen. Weitere 2,2 Mrd. DM (+2,7%) entfielen auf laufende Sachausgaben (ohne Schuldendienst) und 14,1 Mrd. DM (+16,4%) auf laufende Zuweisungen und Zuschüsse. Davon betrug die Zahlung im Rahmen des neuen Länderfinanzausgleichs 2 Mrd. DM, die Zahlungen an Gemeinden betragen rund 7,1 Mrd. DM. Zudem mußten für Zinsausgaben rund 2,5 Mrd. DM (-1,0%) eingesetzt werden. Für Sachinvestitionen wurden 0,75 Mrd. DM ausgegeben, das waren 12,1% weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Damit gingen die Sachinvestitionen von 0,85 Mrd. DM in den ersten drei Quartalen 1994 auf 0,75 Mrd. DM im entsprechenden Zeitraum 1995 zurück. Die gesamten Investitionsausgaben einschließlich Investitionsfördermaßnahmen, jedoch ohne Baumaßnahmen des Landes, stiegen gegenüber dem Vorjahr um 116 Mill. DM oder 4,8% auf 2,5 Mrd. DM. Die Baumaßnahmen, die unter anderem den Bau von Schulen, Hochschulbauten, Bauten im Gesundheitswesen und den Bau von Straßen einschließen, beliefen sich auf 534,1 Mill. DM und sanken um 11%.

Geringere Ausgaben bei den Kommunen

Die baden-württembergischen Kommunen (Gemeinden, Städte, Kreise und andere Gemeindeverbände) hatten auch in diesem Jahr weniger Ausgaben, aber auch weniger Einnahmen als im Vorjahr. Die bereinigten Einnahmen der Gemeinden/Gv. betragen im ersten Halbjahr 1995 insgesamt 16,9 Mrd. DM (-3,5%). Die Nettosteureinnahmen (also ohne die Gewerbesteuerumlage) lagen bei 5,9 Mrd. DM und stiegen insgesamt um 0,4% an. Dabei sank insbesondere im 1. Halbjahr 1995 die Gewerbesteuer (netto) um 5%, während der Gemeindeanteil der Einkommensteuern um 2% stieg. Ein Anstieg war auch bei den Grundsteuern festzustellen.

Die Ausgaben aller Gemeinden/Gv. betragen (bereinigt) nach dem 1. Halbjahr 1995 rund 17,8 Mrd. DM. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ist dies ein Rückgang um 0,6%.

Große Ausgabepositionen waren die Personalausgaben mit 4,6 Mrd. DM (+2,1%) im 1. Halbjahr 1995, der laufende Sachaufwand mit 3,4 Mrd. DM (-1,4%) sowie die Sozialleistungen mit rund 3 Mrd. DM (+7,8%).

Erhebliche Kürzungen sind dagegen bei den investiven Ausgaben festzustellen. Die Sachinvestitionen gingen im 1. Halbjahr 1995 gegenüber 1994 um 8% auf 2,9 Mrd. DM zurück. Der Rückgang der Investitionen überlagerte die Steigerung bei den laufenden Ausgaben, so daß bei den Ausgaben insgesamt der schon erwähnte Rückgang um 0,6% festgestellt wurde.

Einbußen beim realen Nettoeinkommen

Von der Einkommensentwicklung her gesehen war 1995 ein weiteres mageres Jahr. Die Bruttolohn- und -gehaltsumme je Arbeitnehmer ist in der ersten Jahreshälfte 1995 im Bundesgebiet gegenüber dem Vorjahr um 3,0% gestiegen, nach einer Zunahme um 1,9% im Jahr 1994. Ursächlich hierfür waren die gegenüber dem Vorjahr höheren Tarifverdienstanehebungen. Von diesen Bruttoverdiensten gehen aber die Lohnsteuer und die Sozialbeiträge ab. Netto betrachtet verblieb daher nur ein geringer Einkommenszuwachs, da mit Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags und der Einführung der Pflegeversicherung auch die Abgabenbelastung zunahm. Im 1. Halbjahr 1995 beliefen sich demzufolge die Nettolöhne und -gehälter nur noch auf rund 65% der ursprünglich erwirtschafteten Bruttolöhne und -gehälter; sie sind im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets im 1. Halbjahr 1995 nur um 0,2% gewachsen, nach einem Rückgang um 0,2% im Jahr 1994. Im Jahr 1993 war im früheren Bundesgebiet ein Anstieg um 3,0% zu verzeichnen und in Baden-Württemberg um 1,9%; für 1994 stehen für das Land noch keine Angaben zur Verfügung.

Bei der bisherigen Betrachtung ist aber zu beachten, daß es sich um nominale Größen handelt und die Wirkungen der Geldentwertung unberücksichtigt blieben. Deflationiert man die Einkommensgrößen mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, erhält man im früheren Bundesgebiet für die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im 1. Halbjahr 1995 eine Einkommenseinbuße von 2,0%. Nach 2,9% im Jahr 1994 und 1,2% im Jahr 1993 sind die realen Nettoeinkommen somit zum dritten Mal hintereinander geschrumpft. In Baden-Württemberg war dabei der Einkommensrückgang sogar überdurchschnittlich mit 2,2% für das Jahr 1993.

Bisher wurden nur die Einkommen der wirtschaftlich Aktiven betrachtet. Um auch der nicht im Wirtschaftsprozess stehenden Bevölkerung (Rentner, Arbeitslose, Kinder, Kranke) den Lebensunterhalt zu sichern, führt der Staat Umverteilungsmaßnahmen durch, das heißt, er belastet zum einen die erwirtschafteten Einkommen mit Sozialabgaben und Steuern, erbringt andererseits aber vielfältige Leistungen aufgrund früher getätigter Sozialbeiträge (wie zum Beispiel Renten, Pensionen, Arbeitslosengeld, Krankengeld) sowie andere Sozialleistungen ohne frühere Gegenleistungen wie Kindergeld, Ausbildungs-

⁹ Gesamtausgaben bzw. Gesamteinnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge und ohne Haushaltstechnische Verrechnungen

hilfe, Wohngeld. Die Berücksichtigung sämtlicher Einkommensbestandteile führt zum Verfügbaren Einkommen, das heißt zu dem Einkommen, das letztlich die materielle Lage bestimmt. Das Verfügbare Einkommen je Einwohner ist 1994 nominal im Durchschnitt des westlichen Bundesgebiets um 2,3% gestiegen, real entsprach dies aber einer Einkommenseinbuße um 0,8%. 1993 betrug die reale Einkommenseinbuße im früheren Bundesgebiet 2,4% und für Baden-Württemberg 3,0%.

Entsprechende Daten für 1995 liegen für Baden-Württemberg noch nicht vor. Erste Hinweise über die Entwicklung der Löhne und Gehälter im Land für 1995 gibt jedoch die Verdiensterhebung in Industrie und Handel. Als durchschnittlichen nominalen Bruttostundenverdienst in der Gesamtindustrie errechnete sich für Juli 1995 bei den Männern 27,21DM und bei den Frauen 20,27DM. Das waren 3,1% bzw. 2,9% mehr als im Vorjahr. Bei den Männern ist der Facharbeiteranteil wesentlich höher als bei den Frauen – einer der Gründe für die noch immer beträchtliche Differenz zwischen den durchschnittlichen Männer- und Frauenlöhnen. Hier ist aber auch zu berücksichtigen, daß Frauen in den Industrien mit relativ niedrigem Lohnniveau überproportional vertreten sind. Als Bruttowochenverdienst erhielten die Männer im Juli 1995 im Durchschnitt 1058DM (+4%), die Frauen 760DM (+3,4%). Die Summen beinhalten bei den Männern 1,8 Mehrarbeitsstunden und bei den Frauen 0,5 Stunden.

Die Bruttomonatsverdienste aller Angestellten lagen im Juli 1995 bei 5691DM. Das waren 3,8% mehr als im Vorjahr. Die beschäftigten Männer kamen im Juli 1995 im Durchschnitt auf einen Bruttoverdienst von 6501DM (+3,7%), die Frauen auf 4261DM (+4,1%).

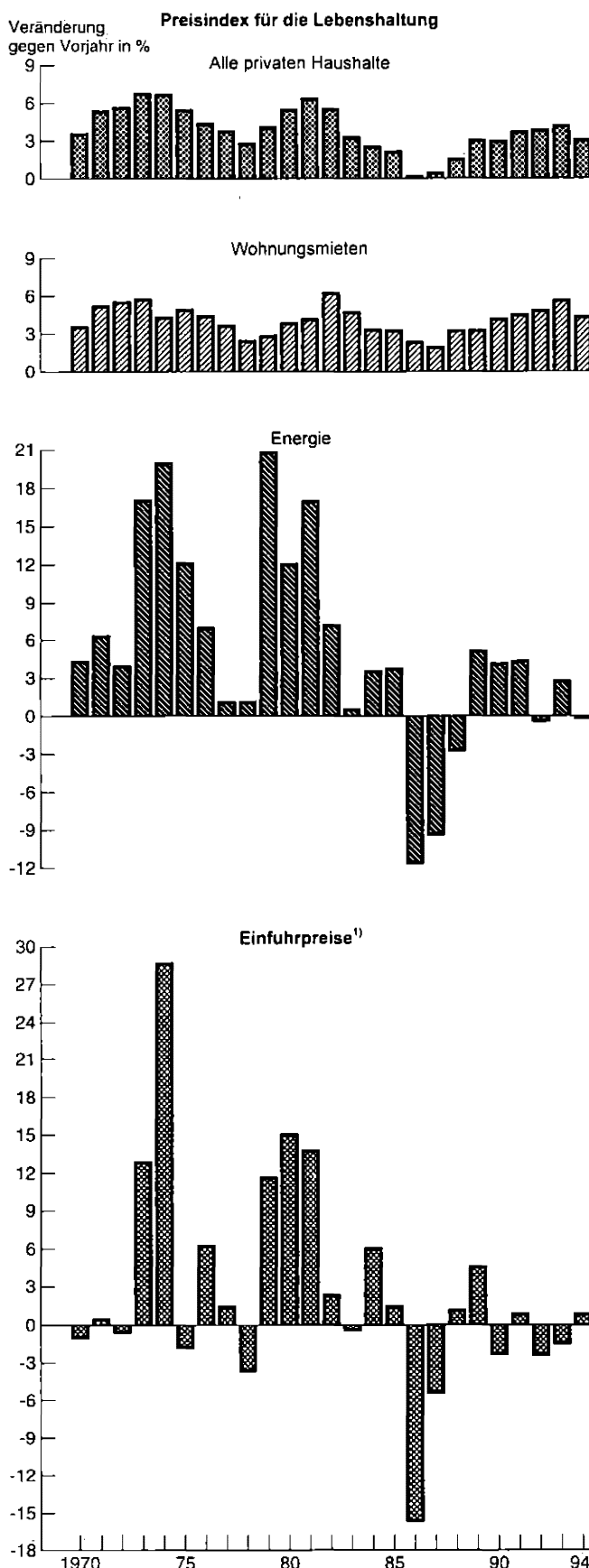
Inwieweit die Lohnerhöhungen 1995 ausreichen, die Preissteigerungen auszugleichen, wird mit Hilfe des sogenannten Reallohnindex abgeschätzt, dem Quotienten aus dem Wochenverdienstindex und dem Preisindex für die Lebenshaltung. Danach ergibt sich im Juli 1995 eine Reallohnverbesserung um 1,7%, im Vorjahr wurde ein Reallohnanstieg um 1,0% verzeichnet. Dies stellt kein Widerspruch zu den obigen Ergebnissen dar. Hier muß nämlich beachtet werden, daß sich diese Reallohnsteigerung auf die Bruttolöhne beziehen und die durch die nominale Einkommenssteigerung bedingte höhere Steuer- und Sozialabgabenbelastung noch nicht berücksichtigt ist. Hier sind zudem durch die zusätzlichen Belastungen wie zum Beispiel den Solidaritätszuschlag und die erstmals zu leistenden Beiträge zur Pflegeversicherung voraussichtlich weitere Einbußen zu erwarten.

Zum gleichen Ergebnis kommt man über die in der Tarifrunde getätigten Lohnabschlüsse. Besonders aussagekräftig ist hier die auf das gesamte Kalenderjahr bezogene Erhöhung der Tarifverdienste. Sie gibt die Steigerung der durchschnittlichen tariflichen Monatsgehälter des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahr an. Für 1995 errechnet sich eine gesamtwirtschaftliche Zunahme der Tariflöhne und -gehälter gegenüber 1994 von (nominal) 3,7%.

Berücksichtigt man auch hier die Preissteigerungsraten und die erhöhten Abzüge, sind nach diesem Ergebnis für 1995 kaum Reallohnverbesserungen zu erwarten. Am ehesten könnte im Investitionsgütergewerbe mit einer nominalen Rate von 4,7% eine Reallohnverbesserung erwartet werden.

Schaubild 12

Entwicklung ausgewählter Preisindizes in Baden-Württemberg seit 1970



1) Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Nur noch geringer Preisanstieg

Der Auftrieb der Verbraucherpreise hat im Laufe des Jahres 1995 deutlich nachgelassen. Für Baden-Württemberg errechnet sich für den Zeitraum Januar bis November ein durchschnittlicher Anstieg der Verbraucherpreise um 1,8%. Im vergangenen Jahr hatte die entsprechende Steigerung 2,7% betragen. 1993 betrug die jahresdurchschnittliche Teuerungsrate 3,8%. Im November war mit 1,4% sogar die niedrigste Veränderungsrate seit April 1988 zu verzeichnen. Für die Abschwächung des Preisauftriebs spielt auch eine Rolle, daß die Verbrauchskonjunktur relativ verhalten verläuft und dadurch Preisanhebungen nur schwer durchzusetzen sind. Außerdem sorgte die Aufwertung der DM über die Einfuhrverbilligung zu einer verstärkten Konkurrenz ausländischer Anbieter. Am deutlichsten zeigt sich der Einfluß der DM-Aufwertung bei den Mineralölerzeugnissen.

So wurde die Haushaltsenergie im November um 0,9% billiger, wobei insbesondere das Heizöl um 2,5% sank. Überdurchschnittlich stiegen dagegen die Wohnungsmieten (+4%). Relativ stark belasteten auch die Preise für Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung das Haushaltsbudget (+1,6%). Profitieren konnten die Verbraucher dagegen von der insgesamt eher ruhigen Preisentwicklung in den restlichen Sektoren des privaten Verbrauchs. Die Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung belasteten das Haushaltsbudget nur wenig mehr als im Vorjahr (+0,3%). Bekleidung und Schuhe verteuerten sich um 0,9%. Die Teuerungsrate für Nahrungsmittel und Getränke, Tabakwaren belief sich auf 1%. Mit einem Plus von 1,2% belasteten die Güter für die Gesundheits- und Körperpflege das Haushaltsbudget, während die Preise für Güter für persönliche Ausstattung, die Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art um 1,1% stiegen. Die Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit (ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes) wurden dagegen um 1,4% teurer.

Die Betrachtung der vorgelagerten Handelsstufen macht noch deutlicher, daß das Preisklima sich in jüngster Zeit –

nicht zuletzt unter dem Einfluß außerwirtschaftlicher Faktoren – entspannt hat. Zwar hatten bis in die Frühjahrsmonate hinein die Dollarnotierungen für Rohstoffe erheblich angezogen. Diese temporäre Verteuerung wurde allerdings auf den Weltmärkten durch die Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar weitgehend kompensiert, so daß sich in DM gerechnet die Rohstoffe ab dem 2. Quartal 1995 sogar verbilligten. Dies war einer der wesentlichen Gründe dafür, daß das Importpreisniveau insgesamt seit der Jahreswende deutlich zurückging; im Juli 1995 waren Einfuhr Güter sogar etwas billiger als vor Jahresfrist. Die Einfuhrpreise zogen im Durchschnitt des ersten halben Jahres um 1,1% an, im 3. Quartal 1995 aber nur noch um 0,2%.

Die Entlastungen von außen, möglicherweise aber auch aufwertungsbedingter verschärfter Wettbewerb auf den heimischen Märkten, haben dazu beigetragen, daß im westlichen Bundesgebiet auf der industriellen Erzeugerstufe der Preisauftrieb in jüngster Zeit weitgehend zum Stillstand gekommen ist. Für gewerbliche Erzeugnisse mußte im Durchschnitt des 1. Halbjahrs 1995 ebenso wie im 3. Quartal um 1,9% mehr bezahlt werden als vor einem Jahr.

Diese alles in allem moderate Preisentwicklung der Einfuhr- und der Erzeugerpreise bewirkte bei den Großhandelspreisen eine Zunahme um 3,2% im 1. Halbjahr 1995 und 1,4% im 3. Quartal 1995. Etwas günstiger fiel dagegen die Preissteigerung im Einzelhandel aus. Hier lag das Preisniveau im Durchschnitt des 1. Halbjahrs 1995 bei 1% und im 3. Quartal 1995 bei 0,7%. Während sich aber die Großhandelspreise noch auf das frühere Bundesgebiet beziehen, stehen für den gesamten Zeitraum die Einzelhandelspreise wie auch die Einfuhrpreise nur noch für Gesamtdeutschland zur Verfügung.

Bauleistungen haben sich in Baden-Württemberg nach dem Jahresbeginn weiter – wenn auch mäßig – verteuert. In Baden-Württemberg übertraf das gesamtwirtschaftliche Baupreisniveau seinen Vorjahresstand im Mai um 1,4%. Im

Tabelle 8

Entwicklung ausgewählter Preisindizes in Baden-Württemberg, im früheren Bundesgebiet und in Deutschland 1995 Veränderung gegen Vorjahr in %

Monat	Außenhandel		Landwirtschaft		Industrie	Handel		Wohnungs- bau	Lebens- haltung
	Einfuhr- preise	Ausfuhr- preise	Erzeu- ger- preise landwirt- schaftlicher Produkte	Einkaufs- preise ländwirt- schaftlicher Betriebs- mittel	Erzeu- ger- preise gewerblicher Produkte	Groß- handels- verkaufs- preise	Einzel- handels- preise	Bau- leistungen an neuen Wohn- gebäuden	aller privaten Haushalte
	Deutschland		früheres Bundesgebiet			Deutschland	Baden-Württemberg		
Januar	2,2	1,8	6,2	1,7	1,7	3,2	1,1	-	2,3
Februar	1,8	2,0	8,2	2,6	1,8	3,4	0,9	1,3	2,3
März	1,2	1,8	7,2	2,4	1,8	3,9	0,9	-	2,4
April	0,8	1,7	6,8	1,9	2,1	3,6	0,9	-	2,3
Mai	0,5	1,8	3,3	1,2	1,9	3,2	0,9	1,4	2,3
Juni	0,0	1,9	3,5	0,7	2,1	2,0	0,9	-	2,5
Juli	-0,3	2,0	3,7	0,6	1,9	1,7	0,8	-	2,3
August	0,5	2,1	3,5	0,8	1,8	1,0	0,6	0,9	2,0
September	0,5	2,0	4,4	1,1	2,0	1,3	0,6	-	2,2
Oktober	-0,2	1,5	-3,3	0,5	1,6	..	0,6	-	2,2

¹⁾ Ab Oktober 1995 nur noch Werte für Deutschland; dieser betrug -0,4%.

2. Halbjahr 1995 ist jedoch wieder eine Preisberuhigung eingetreten. Im August belief sich die Preissteigerungsrate auf 0,9%.

Es ist nicht anzunehmen, daß sich der Preisauftrieb im Laufe des kommenden Jahres gravierend verstärkt. So prognostizierten die Forschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten einen Anstieg des Preisniveaus für den Privaten Verbrauch von 2% im Jahr 1996.

Einzelhandel: Im Sog der schwachen Konsumnachfrage, ...

Als Folge der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und fortgesetzter Realeinkommenseinbußen verharnte die Konsumnachfrage 1994 auf einem äußerst niedrigen Niveau. Dies machte sich auch in der Entwicklung der realen Einzelhandelsumsätze bemerkbar, die nach 1992 und 1993 bereits im dritten Jahr hintereinander rückläufig waren. Zwar hat sich der reale Umsatzrückgang von fast 5% im Jahr 1993 auf gut 2% deutlich abgeschwächt, eine Trendumkehr gelang jedoch nicht. Ebensovienig konnte der Beschäftigungsrückgang gebremst werden: Bei den Einzelhandelsbetrieben Baden-Württembergs waren 1994 fast 4% weniger Beschäftigte registriert als 1993.

Die Voraussetzungen für einen grundlegenden Umschwung waren auch 1995 noch nicht gegeben. Die Einführung des Solidarzuschlages und der gesetzlichen Pflegeversicherung zu Jahresbeginn stellten eine weitere, schwerwiegende Belastung der frei verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dar. Überdies befindet sich

die gesamtwirtschaftliche Sparquote bereits auf einem sehr niedrigen Niveau, so daß eine spürbare Belebung des Konsums durch deren weiteren Rückgang wenig wahrscheinlich ist. Schließlich dürfte der zunehmende Konkurrenzdruck im Einzelhandel über einen verschärften Preiswettbewerb 1995 umsatzdämpfende Wirkungen haben.

Zwar liegen aufgrund der Umstellung der Klassifikation der Wirtschaftszweige und eines Berichtskreiswechsels noch keine Zahlen der amtlichen Statistik über den Einzelhandel in Baden-Württemberg für 1995 vor. Angesichts der ungünstigen Rahmenbedingungen ist es jedoch wahrscheinlich, daß die Umsätze im Einzelhandel des Landes 1995 real nochmals rückläufig sein werden. Eine vorläufige, auf einem stark verringerten Berichtskreis basierende Berechnung des Statistischen Bundesamts für das gesamte Bundesgebiet stützt diese Vermutung: Danach hatte der Einzelhandel bundesweit von Januar bis September 1995 einen Umsatzrückgang von nominal 1% und real 2% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zu verzeichnen.

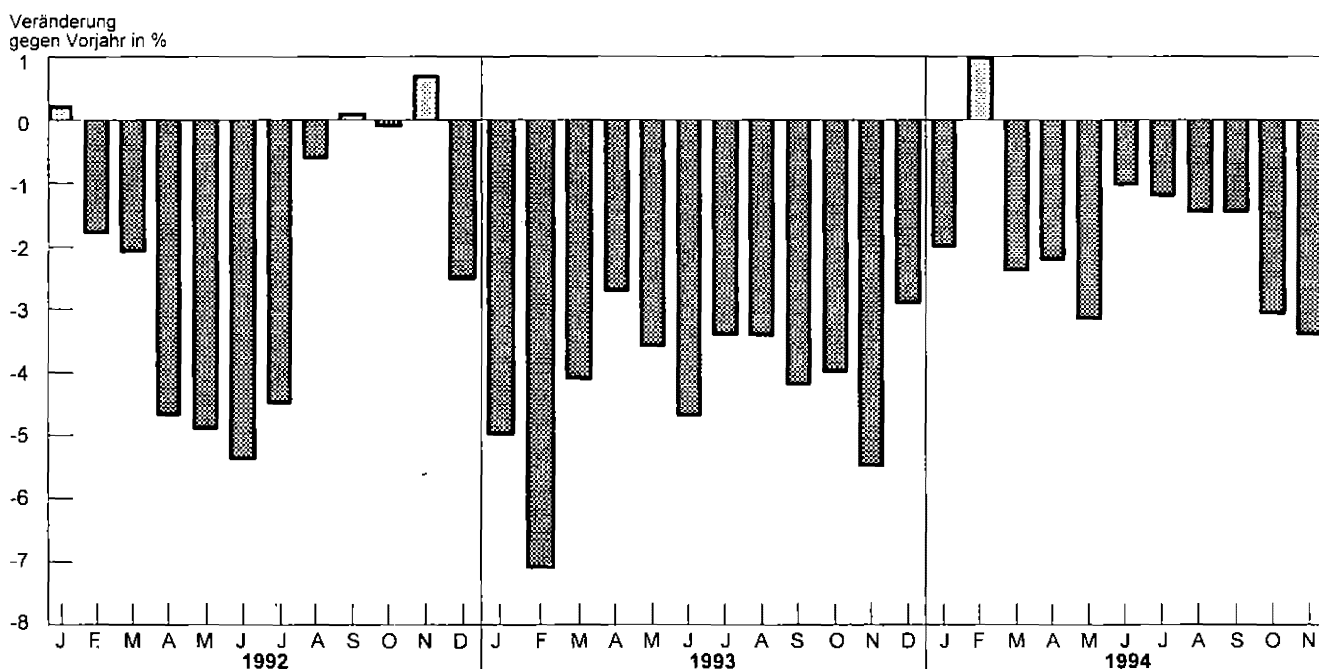
... aber Lichtblick für 1996

Für 1996 bestehen dagegen gute Aussichten auf eine Tendenzumkehr. Die steuerlichen Entlastungen vor allem von Beziehern niedrigerer Einkommen mit einer hohen Konsumquote dürften deutlich höher ausfallen als die neuerlichen Belastungen durch den zu erwartenden Anstieg der Beitragssätze in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung. Wichtig ist auch, daß 1996 der Preisanstieg

Schaubild 13

Einzelhandelsumsätze in konstanten Preisen in Baden-Württemberg seit Januar 1992

Gleitender 3-Monats-Durchschnitt



moderat ausfallen dürfte und die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung voraussichtlich nicht noch weiter schrumpfen wird. Dem privaten Konsum und mit ihm auch dem Einzelhandel dürfte auf diese Weise 1996 eine zentrale Rolle für die konjunkturelle Aufwärtsbewegung zufallen.

1994 – wieder ein Jahr mit extremen Witterungsbedingungen

Für die Landwirtschaft wurde im Erntejahr 1995 die Abhängigkeit von den natürlichen Produktionsbedingungen - insbesondere der Witterung – wieder besonders offenkundig. Im Herbst des Vorjahres konnten nach dem frühesten Abschluß der Getreideernte seit Einführung des Mähdrusches die Winterfrüchte allgemein unter guten Bedingungen ausgesät werden. Aufgrund des überwiegend milden Winters 1994/95 blieben die Saaten auch weitgehend von Auswinterungsverlusten verschont. Die Sommerfrüchte konnten durch eine langanhaltende Regenperiode im Frühjahr vielfach nur verspätet ausgebracht werden. Die ausgedehnte Hitzeperiode im Juli, wo in weiten Teilen des Landes keine Regenfälle zu verzeichnen waren, machte dem Sommer- mehr als dem Wintergetreide zu schaffen.

Unter diesen Voraussetzungen blieb die Gesamterntemenge bei Getreide (ohne Körnermais) mit 25,3 Mill. dt um 2% hinter dem Vorjahresergebnis und um 9% hinter dem langjährigen Mittel 1989/94 zurück; und dies, obwohl die Getreideanbaufläche um 14 000 ha auf 507 000 ha ausgedehnt wurde. Die Ernte der Brotgetreidearten (Weizen und Roggen zusammen) beläuft sich auf 12,8 Mill. dt, die Ernte der Futtergetreidearten (Gerste und Hafer zusammen) auf 12,6 Mill. dt. Infolge einer kräftigen Ausdehnung des Rapsanbaus um 7 000 ha wurde mit 1,4 Mill. dt die Gesamttrapsenernte des Vorjahres um ein Drittel übertroffen.

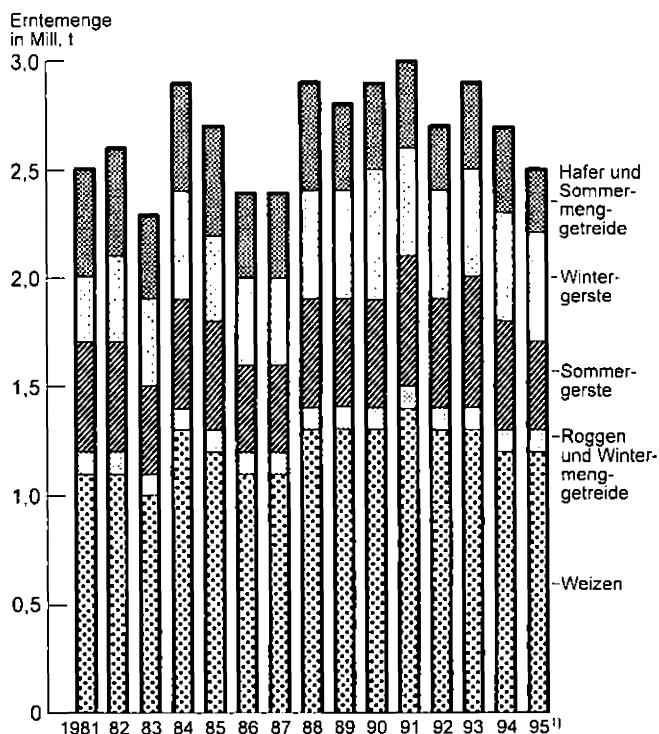
Bei den Hackfrüchten wurden in diesem Jahr durchschnittliche Erträge realisiert. Von der Gesamtkartoffelernte von 2,7 Mill. dt (unter Einschluß der Kleinerzeuger 3,6 Mill. dt) sind lediglich etwa drei Viertel für Speisezwecke geeignet. Unter dem Qualitätsaspekt zeichnet sich die diesjährige Ernte durch kleinfallende Ware aus, da die Kartoffeln durch den Wasserüberfluß im Frühjahr das Wurzelwachstum vernachlässigt haben und später die enormen Sommertemperaturen das Wachstum der Knollen vielfach behinderten. Die Wachstumbedingungen für die Früh- und Spätgemüsearten erlaubten im allgemeinen zufriedenstellende Hektarerträge. Die Flächenleistungen der Herbstgemüsearten blieben zum Teil hinter dem langjährigen Mittel 1989/94 zurück.

Bei Obst hat sich vor allem die feuchtkühle Witterung im Mai und Juni negativ auf Blüteverlauf und Fruchtansatz und somit auch auf die Erträge ausgewirkt. Die Gesamtobsternte von voraussichtlich 9,4 Mill. dt liegt um 44% unter dem Vorjahresergebnis von 17,1 Mill. dt und um 38% unter dem langjährigen Mittel (15,2 Mill. dt).

Im einzelnen wurde bei Äpfeln eine Gesamternte von 4,6 Mill. dt eingebracht; das sind über 60% weniger als im Vorjahr und rund 51% weniger als im langjährigen Mittel 1989/94. Dabei waren besonders hohe Ertragsminderungen im Streu- und Gartenobstbau zu verzeichnen: Mit nur gut einem Drittel der Vorjahresernte an Wirtschafts- und Verwertungäpfeln (2,3 Mill. dt) war vor allem die Versor-

Schaubild 14

Getreideernte (ohne Körnermais) in Baden-Württemberg seit 1981



1) Vortaufig.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

528 95

gung der heimischen Saft- und Mostverarbeitungsbetriebe betroffen. Aber auch in den auf Verkaufsproduktion von Tafeläpfeln ausgerichteten Obstplantagen und Intensivanlagen im Marktobstbau wurde mit 1,6 Mill. dt um mehr als die Hälfte weniger als im Vorjahr geerntet. Beim Steinobst wurde das letztjährige Ergebnis insgesamt leicht übertroffen, wobei bei Pflaumen und Zwetschgen ein um nahezu 30% schlechteres Ergebnis als 1994 erzielt wurde, während bei Süßkirschen mehr als das Doppelte der allerdings enttäuschenden Vorjahresernte eingebracht werden konnte.

Das Wachstum der Reben war während der ganzen Vegetationsperiode vom Hoffen und Bangen der Winzer über die Witterungsverhältnisse begleitet. So ließ Anfang August die Traubenentwicklung noch auf einen frühen Reifebeginn und überdurchschnittliche Mengenerträge hoffen, doch wurde die weitere Entwicklung durch die langanhaltende Sommertrockenheit bereits mancherorts verzögert, bevor die Erwartungen durch die reichlichen Niederschläge kurz vor der Lese vollends gedämpft wurden. Dennoch erreicht der neue Jahrgang eine überraschend hohe Qualität: 15,6% der Moste sind aufgrund der Ausgangsmostgewichte für den Ausbau als Prädikatsweine, weitere 82,7% für Qualitätsweine b.A. geeignet. Im Durchschnitt aller Rebsorten wurden im Anbaugebiet Württemberg 85 hl/ha, im Anbaugebiet Baden knapp 72 hl/ha erzielt. Die gesamte Weinmosternte wurde Ende Oktober in Baden auf 1,15 Mill. hl, in Württemberg auf 940 000 hl, im ganzen somit auf knapp 2,1 Mill. hl veranschlagt, wobei 1,2 Mill. hl auf Weißmost und knapp 900 000 hl auf Rotmost entfallen.

Tabelle 9

Bruttoproduktion der Landwirtschaft in Baden-Württemberg im Wirtschaftsjahr 1994/95

Erzeugnis	t GE
Getreide	3 326 582
Hülsenfrüchte	19 022
Hackfrüchte	674 383
Handelsgewächse	370 311
Gemüse	255 083
Obst	1 394 161
Weinmost	324 647
Baumschulerzeugnisse	37 166
Sonstige pflanzliche Erzeugnisse	3 765 358
Pflanzliche Erzeugnisse zusammen	10 166 713
Rinder einschließlich Kälber	2 371 959
Schweine	1 354 228
Milch	2 104 763
Sonstige tierische Erzeugnisse	339 577
Tierische Erzeugnisse zusammen	6 170 527
Insgesamt	16 337 240

Verkaufserlöse im Wirtschaftsjahr 1994/95 kaum höher als im Vorjahr

Die Einkommenslage der baden-württembergischen Landwirtschaft war im Wirtschaftsjahr 1994/95 (Juli 1994 bis Juni 1995) etwas günstiger als im Vorjahr. Die Verkaufserlöse beliefen sich 1994/95 auf rund 7,1 Mrd. und lagen damit um 1,6% über dem Vorjahreswert, aber um gut 6% unter dem Mittel der Jahre 1988/94. Dabei blieb die Bruttoproduktion gemessen in Getreideeinheiten nahezu unverändert bei 16,31 Mill. t GE.

Während die Verkaufserlöse bei Schlachtrindern (einschl. Kälber) und im Getreidebau, wo aufgrund ungünstiger Witterungsbedingungen nur vergleichsweise niedrige Naturalerträge erzielt wurden, merklich zurückgingen, konnten im Obst- und Gemüsebau deutlich höhere Verkaufserlöse realisiert werden. Die Erzeugerpreise waren im Wirtschaftsjahr 1994/95 gegenüber dem Vorjahr bei Milch um 0,6%, bei Getreide um 2,9%, bei Rind- und Kalbfleisch um 3,2 bzw. 2,8%, bei Weinmost um 3,6% sowie bei Kartoffeln um 8,7% niedriger. Preisverbesserungen konnten bei Schweinefleisch (+7,8%) und den Ölfrüchten (+10,8%) verzeichnet werden. Große Preissprünge waren mit +48% bzw. -22% bei Gemüse und bei Obst zu verzeichnen. Insgesamt wurden aus dem Verkauf pflanzlicher Erzeugnisse 4,5% mehr als 1993/94 und aus dem Verkauf von Produkten der Viehwirtschaft um 0,6% weniger als 1993/94 Erlöse. Der Gesamtwert der Nahrungsmittelproduktion 1994/95 überstieg mit 7,89 Mrd. DM den Vorjahreswert um 4,2%.

Die seit Jahren angespannte monetäre Situation der Agrarbetriebe und die von vielen Landwirten subjektiv empfundene Unsicherheit über die langfristige Entwicklung der EU-Agrarpolitik haben den Strukturwandel in der Landwirtschaft weiter gefördert. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ab 1 ha LF lag im Frühjahr 1995 bei 89 000. Seit Beginn der 80er Jahre sind damit nahezu 50 000 Betriebe aus der Produktion ausgeschieden, obwohl EU, Bund und Land die Betriebe durch Fördermaßnahmen verschiedenster Art unterstützen. Auch die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen hat sich seit 1980 um über 110 000 dramatisch verringert; ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen.

Treibhauseffekt und Ozonbelastung verlangen zusätzliche Emissionsminderung

Globale und regionale Auswirkungen der vielfältigen von Menschen verursachten Luftemissionen rückten im abgelaufenen Jahr mit Nachdruck in das öffentliche Interesse. Die sich abzeichnende Erwärmung der Erdoberfläche durch die Emissionen klimarelevanter Gase und der Sommersmog, gekennzeichnet durch hohe Ozonkonzentrationen in den bodennahen Luftschichten, sind offenbar nur durch grundlegende Umstellung der allgemeinen Produktions- und Konsumverhältnisse abzuwenden. Die in erster Linie für den Treibhauseffekt verantwortlich gemachten CO₂-Emissionen sind im Land nicht wesentlich zurückgegangen, obwohl das Produktionsniveau rezessionsbedingt deutlich gesunken war. So lagen die CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg 1993 etwa auf dem Niveau des Vorjahres und damit nach wie vor über dem Niveau des Referenzjahres für die Zusagen von Wirtschaft und Politik über eine Reduzierung der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25%. Diese Verpflichtungen gingen Politik und Wirtschaft im Zusammenhang mit der Weltklimakonferenz ein, die im zurückliegenden Jahr in Berlin stattgefunden hat. Ansatzpunkte zur Reduzierung der energieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen werden in vielfältiger Weise in Wirtschaft und Haushalten gesehen. Erhöhte Aufmerksamkeit kommt dem Bereich des Straßenverkehrs zu, dessen Anteil an den CO₂-Emissionen durch steigende Fahrzeugzahlen und zunehmende Fahrleistungen in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen ist. Er lag 1993 bei immerhin 30% gegenüber noch 24% im Jahr 1985. Bei unveränderter Verbrauchsstruktur ist auch in den nächsten Jahren mit erheblichen Steigerungen der straßenverkehrsbedingten CO₂-Emissionen zu rechnen.

Die Minderung der straßenverkehrsbedingten Emissionen ist auch im Hinblick auf das Ozonproblem von herausragender Bedeutung. Deswegen wurde mit der im Juli 1995 verabschiedeten Ozonverordnung auch die Möglichkeit geschaffen, bei Ozonkonzentrationen von über 240

Schaubild 15

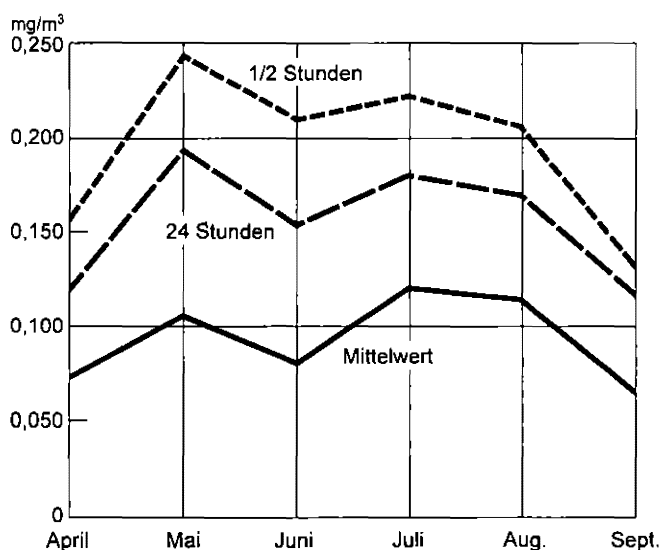
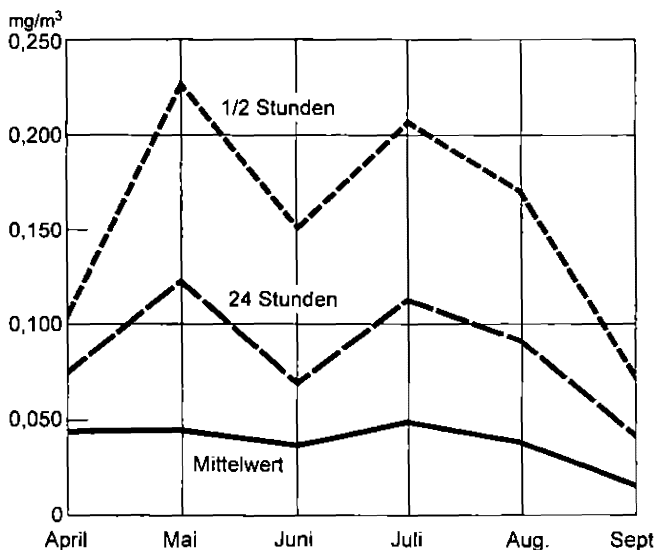
Ozonwerte der Meßstelle Welzheimer Wald von April bis September 1995


Schaubild 16

Ozonwerte der Meßstelle Karlsruhe-Mitte von April bis September 1995



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

522 95

Mikrogramm Fahrverbote zu erlassen. Daß während des abgelaufenen Jahres keine Fahrverbote ausgesprochen wurden, lag daran, daß die 1995 beobachteten Spitzenwerte vor Inkrafttreten der Ozonverordnung lagen, oder daran, daß Zusatzbedingungen, zum Beispiel eine auch für den folgenden Tag zu erwartende hohe Ozonbelastung, nicht erfüllt waren. Allgemein lagen die Spitzenbelastungen 1995 niedriger als in den vorausgegangenen Jahren; der Schwellenwert von 180 Mikrogramm, bei dem die Bevölkerung unterrichtet wird, wurde im Laufe des Sommers 36mal und damit seltener als im Vorjahr überschritten. Die Flächenbelastung mit Ozon war jedoch im Sommer 1995 gegenüber den Vorjahren kaum verändert.

Die für die Ozonbildung ursächlichen Emissionen an flüchtigen Kohlenwasserstoffen und Stickoxiden werden zu fast 50 bzw. sogar 80 % durch den Straßenverkehr verursacht. Zwar sind die Emissionen an Stickoxiden und flüchtigen Kohlenwasserstoffen durch die fortgeschrittene Ausstattung der Pkw mit geregelten Katalysatoren auch im Straßenverkehr zurückgegangen, durch die zugleich weiter steigenden Fahrleistungen wird jedoch ein Teil der Minderungserfolge durch Katalysatoren wieder kompensiert. Zum Stand Juli 1995 wiesen 74 % der

Tabelle 10

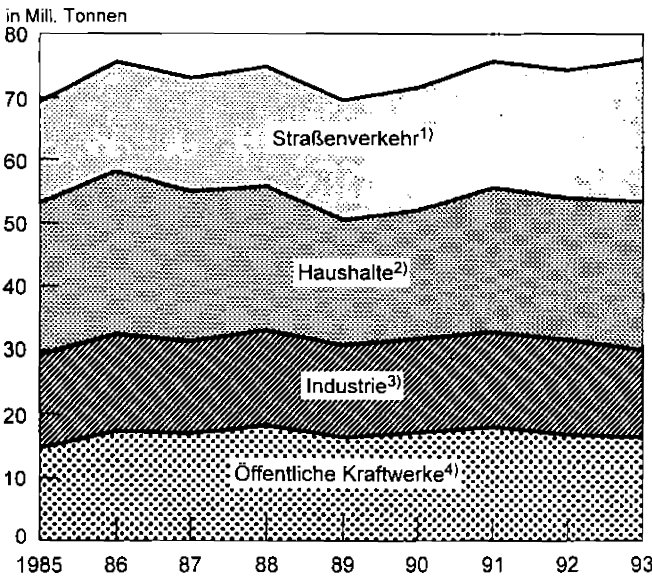
Entwicklung des Bestandes an schadstoffarmen Pkw in Baden-Württemberg seit 1987 nach Schadstoffgruppen

Jahr ¹⁾	Pkw insgesamt ²⁾			Davon					Nachrichtlich: Pkw mit Schadstoffreduzierung
				Pkw ohne Schadstoffreduzierung	schadstoffarm nach US-Norm	schadstoffarm nach Europa-Norm	bedingt schadstoffarm	schadstoffarm nach EU-Richtlinien E1 und E2 ³⁾	
	1 000	Index (1987 = 100)	%						
	1	2	3	4 = % Sp. 1	5 = % Sp. 1	6 = % Sp. 1	7 = % Sp. 1	8 = % Sp. 1	9 = % Sp. 1
Insgesamt									
1987	4 441,5	100,0	100	79,0	4,5	6,8	9,7	x	21,0
1988	4 608,7	103,8	100	70,1	7,8	10,0	12,1	x	29,9
1989	4 749,8	106,9	100	62,0	12,0	11,9	14,0	x	38,0
1990	4 919,2	110,8	100	54,3	19,0	13,3	13,4	x	45,7
1991	5 034,5	113,4	100	44,9	27,5	15,3	12,3	x	55,1
1992	5 157,3	116,1	100	37,8	34,5	16,5	11,2	x	62,2
1993	5 256,4	118,3	100	32,3	34,9	16,1	10,4	6,2	67,7
1994	5 321,6	119,8	100	27,5	33,7	15,4	9,7	13,7	72,5
1995	5 392,8	121,4	100	23,3	32,4	14,6	8,9	20,8	76,7
Ottomotor									
1987	3 842,3	100,0	86,5	89,3	3,3	2,2	5,2	x	10,7
1988	3 946,8	102,7	85,6	80,1	6,7	4,9	8,3	x	19,9
1989	4 067,7	105,9	85,6	72,1	11,4	6,9	9,7	x	27,9
1990	4 216,8	109,7	85,7	61,7	19,3	8,3	10,7	x	38,3
1991	4 308,0	112,1	85,6	50,9	28,6	10,6	9,9	x	49,1
1992	4 387,2	114,2	85,1	42,7	36,0	12,2	9,1	x	57,3
1993	4 454,3	115,9	84,7	36,4	36,5	12,2	8,6	6,2	63,6
1994	4 488,1	116,8	84,3	31,1	35,5	11,8	8,3	13,3	68,9
1995	4 534,5	118,0	84,1	26,2	34,3	11,3	7,9	20,3	73,8
Dieselmotor									
1987	599,2	100,0	13,5	12,6	12,3	36,2	38,9	x	87,4
1988	661,9	110,5	14,4	10,7	14,3	40,4	34,7	x	89,3
1989	682,1	113,8	14,4	10,1	15,7	41,9	32,3	x	89,9
1990	702,4	117,2	14,3	9,4	17,4	43,2	29,9	x	90,6
1991	726,5	121,2	14,4	9,7	20,7	43,0	26,6	x	90,3
1992	770,1	128,5	14,9	9,9	26,3	40,7	23,1	x	90,1
1993	802,1	133,9	15,3	9,3	26,1	37,9	20,2	6,5	90,7
1994	833,5	139,1	15,7	8,3	23,9	34,7	17,3	15,8	91,7
1995	858,3	143,2	15,9	7,4	22,4	32,1	14,6	23,5	92,6

¹⁾ Stand 1. Juli. - ²⁾ Ohne Pkw mit sonstigen Antriebsarten. - ³⁾ Einschließlich EURO 2.

Schaubild 17

Kohlendioxid-Emissionen in Baden-Württemberg 1985 bis 1993 nach Emittentengruppen



1) Einschließlich Zugmaschinen. – 2) Einschließlich sonstige Kleinverbraucher. – 3) Industrielle Feuerungen einschließlich Prozeßfeuerungen. – 4) Einschließlich Fernheizwerke, kommunale Müllverbrennungsanlagen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

532 95

Pkw mit Ottomotoren Einrichtungen zur Schadstoffreduzierung auf, 55% genügten den derzeit höchsten Anforderungen gemäß US-Norm bzw. EU-Richtlinien E1 und E2. Die notwendige grundlegende Minderung der straßenverkehrsbedingten Emissionen wird jedoch wohl nur durch die Kombination verbrauchs- und emissionsmindernder Maßnahmen erreicht. Neben dem forcierten Ersatz der Fahrzeuge ohne Katalysator geht auch der Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs sowie verbesserten Emissionsminderungsmaßnahmen beim Lkw-Verkehr. Gerade die Emissionen der zuletzt genannten Lkw weisen nach wie vor steigende Tendenz auf.

Tabelle 11

Öffentliche Wasserversorgung in Baden-Württemberg 1963 bis 1993^{*)}

Jahr	Wasserabgabe insgesamt	Davon				Leitungsverluste, Wasserwerkseigenverbrauch (statistische Differenz) zusammen
		Wasserabgabe an Letztverbraucher			Industriebetriebe ³⁾	
		Haushalte und Kleingewerbe, Dienstleistungsunternehmen ¹⁾	öffentliche Einrichtungen ²⁾			
Mill. m ³	l/(E · T) ⁴⁾	Mill. m ³				
1963	560	341	115	-	117	102
1969	599	372	115	-	118	109
1975	723	511	156	-	89	123
1979	746	442	133	77	89	138
1983	753	478	143	73	72	130
1987	727	468	138	69	70	120
1991	757	507	140	66	69	115
1993	720	486	131	59	67	108

^{*)} Ab 1975 Erhebungen nach dem Umweltstatistikgesetz. – ¹⁾ Bis 1975 einschließlich öffentliche Einrichtungen. – ²⁾ Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Schwimmbäder, öffentliche Brunnen, Feuerwehr und sonstige Abnehmer. – ³⁾ Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten. – ⁴⁾ Spezifischer Wasserbedarf in Liter je Einwohner und Tag.

Eine Reduzierung der verkehrsbedingten Emissionen käme auch dem Gewässer- und Bodenschutz zugute. So tragen beispielsweise die Stickoxid-Emissionen in Form von Stickstoffdepositionen zum Nitratproblem im Grundwasser bei. Die Grundwasservorkommen des Landes decken aber den weitaus überwiegenden Teil des Trinkwasserbedarfs von Haushalten und Gewerbe.

Erfolge beim Wassersparen...

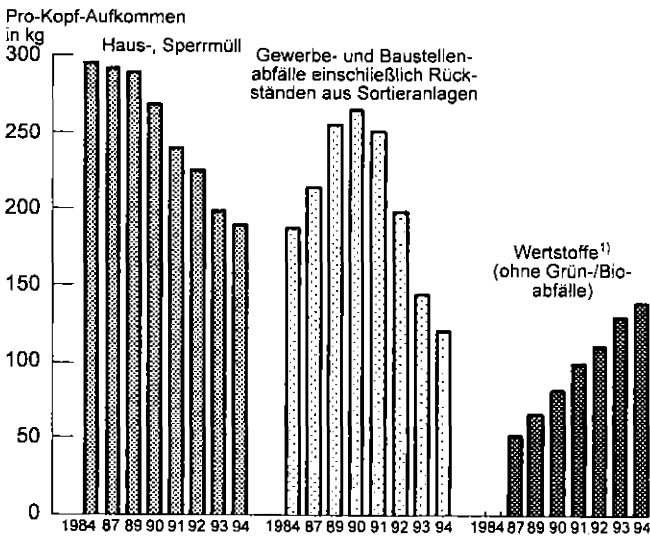
Dem Ziel eines möglichst umweltgerechten Umgangs mit den Grundwasservorkommen dient das im Herbst des Jahres novellierte Wassergesetz. Neben dem Schutz der Wasservorkommen vor Verunreinigungen soll auch der sparsame Umgang mit der Ressource Wasser vorangebracht werden. Die jüngste Entwicklung zeigt, daß auf dem Weg zu einem sparsamen Umgang mit Wasser zuletzt bemerkenswerte Erfolge erzielt wurden. So ist seit 1993 ein spürbarer Rückgang des Wasserbedarfs auch im Rahmen der öffentlichen Wasserversorgung festzustellen. Im Bereich der industriellen Produktion war der spezifische Wasserbedarf bereits seit längerem rückläufig. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Trinkwasser im Bereich der Haushalte einschließlich Kleinverbraucher lag 1993 mit 131 Litern pro Einwohner und Tag erheblich unter dem Verbrauch der 80er Jahre. Angaben einzelner großer Wasserversorgungsunternehmen belegen, daß diese Entwicklung sich auch 1994 und 1995 weiter fortgesetzt hat. Generelle Verbrauchssenkungen, ausgedehntes Wasserrecycling im gewerblichen Bereich und vermehrter Einsatz wassersparender Installationen und Geräte werden für diese Tendenzumkehr beim Trinkwasserbedarf als Ursache angegeben.

...und bei der Reduzierung der Restabfallmengen

Der Gedanke der Ressourcenschonung hat auch zu einer gravierenden Verschiebung der Mengenströme im Bereich der öffentlichen Abfallentsorgung geführt. Durch die Verabschiedung der TA-Siedlungsabfälle sowie des Kreislaufwirtschaftsgesetzes wurden bereits in erheblichem Umfang Aktivitäten ausgelöst, die eine vor wenigen Jahren noch nicht für denkbar gehaltene Reduzierung der zu entsorgenden Restabfallmenge aus Haushalten und Gewerbebetrieben bewirkt haben. Die getrennte Erfassung verwertbarer Bestandteile der häuslichen Abfälle sowie die Ausweitung der Bioabfallfängerfassung haben die Restabfälle aus dem Haushaltsbereich erheblich reduziert, und nach der für Februar nächsten Jahres geplanten Verabschiedung des neuen Landesabfallgesetzes ist mit einer Fortsetzung dieses Prozesses zu rechnen. Noch grundlegender ist die Veränderung im Gewerbeabfallbereich, wo durch die zuneh-

Schaubild 18

Abfall- und Wertstoffaufkommen in Baden-Württemberg 1984 bis 1994



1) 1984 nicht erfaßt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

529 95

mende privatwirtschaftliche Abschöpfung verwertbarer Gewerbeabfälle innerhalb von nur zwei Jahren nahezu eine Halbierung der durch die entsorgungspflichtigen Körperschaften zu entsorgenden Abfallmenge eingetreten ist. Auch hier ist im Zuge der Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes mit einer weiteren Verringerung der öffentlich zu entsorgenden Restabfallmenge zu rechnen.

Eine wesentliche Triebfeder für die verstärkte Verwertung gewerblicher Abfälle sind auch die stark angestiegenen Entsorgungsgebühren, denen die Betriebe durch Sortier-

und Verwertungsanstrengungen begegnen. Über den Umfang der daraus resultierenden Aufwendungen für die Betriebe liefern die umweltschutzbezogenen Investitionen einen Anhaltspunkt, wenngleich diese Investitionen angesichts der wesentlich höheren laufenden Personal- und Sachaufwendungen nur eine Komponente der Umweltschutzaufwendungen ausmachen. Nach einem vor allem konjunkturell bedingten deutlichen Rückgang der Umweltschutzinvestitionen in Baden-Württemberg im Jahr 1993 haben sich die Investitionen für Umweltschutzeinrichtungen im Verarbeitenden Gewerbe zuletzt wieder stabilisiert.

Wirtschaftliche Perspektiven 1996

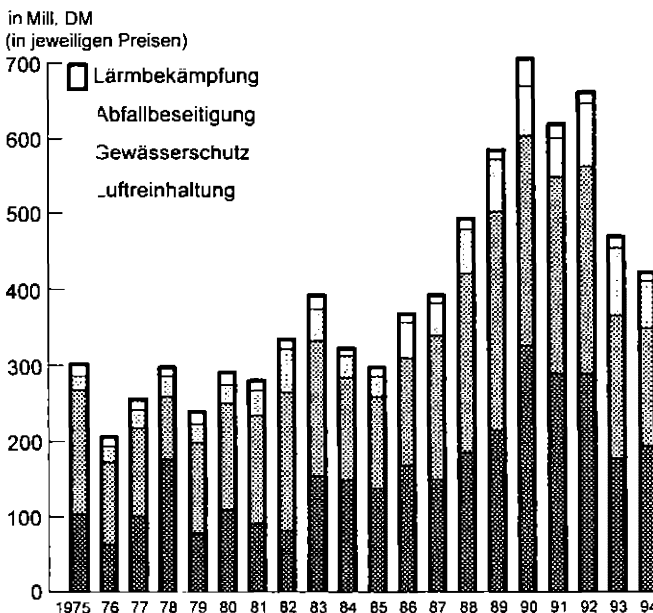
Die zu Beginn des Jahres 1995 bestehenden Hoffnungen auf einen dynamischen Konjunkturaufschwung in Deutschland haben sich im Verlauf des Jahres nicht erfüllt. Es kam zwar auch 1995 zu einer Ausdehnung der Produktion, doch hat sich deren Tempo gegenüber dem Vorjahr nicht erhöht, sondern abgeschwächt. Die Ursachen für diesen Verlust an konjunktureller Dynamik lagen vor allem in den zu Beginn des Jahres einsetzenden, extremen Währungsturbulenzen und der Abflachung der Konjunktur in den USA und in Westeuropa. Die durch diese beiden Entwicklungen bedingte Verschlechterung der Ertragslage hat bei vielen Unternehmen zu zurückhaltenden Dispositionen vor allem bei der Investitions- und Personalplanung geführt. Dennoch erscheint die Stimmung gegenwärtig schlechter zu sein als die tatsächliche Lage, da wichtige Rahmenbedingungen nach wie vor günstig sind oder sich sogar verbessert haben.¹⁰

So ist zum einen mit einer weitgehenden Konstanz der Preise für Industrierohstoffe zu rechnen. Zum anderen gewährleisten weltweit relativ niedrige Inflationsraten und die nach den Währungsturbulenzen wieder zur Ruhe gekommenen Devisenmärkte eine höhere Planungssicherheit für Exporteure. Zwar wird durch die Abschwächung der konjunkturellen Dynamik in den USA und in Westeuropa der Importsog aus diesen Ländern etwas schwächer ausfallen als ursprünglich erhofft. Dagegen dürfte das wirtschaftliche Wachstum in den asiatischen Schwellenländern und in den Reformstaaten Osteuropas (mit Ausnahme der ehemaligen Sowjetunion) weiter zügig vorangehen. Mit diesem Wachstum schreitet eine zunehmende außenwirtschaftliche Verflechtung einher, die für deutsche und speziell baden-württembergische Exporteure neue Absatzchancen schaffen wird. Insgesamt gesehen ist auch 1996 von einem durchaus beachtlichen Zuwachs des realen Welthandelsvolumens um etwa 7% auszugehen.

Nach einer vorübergehenden Abschwächung des Ausfuhrzuwachses im Jahr 1995 sollten 1996 auch die deutschen Exporte von der erneuten Expansion des Welthandels profitieren können. Dies gilt umso mehr, als sich die starke Aufwertung der DM, die zu Beginn des Jahres 1995 erfolgte, im Jahresverlauf teilweise wieder zurückgebildet hat. Hinzu kommen die Erfolge der in der zurückliegenden Rezession

Schaubild 19

Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe in Baden-Württemberg 1975 bis 1994 nach Umweltbereichen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

529 95

¹⁰ Den folgenden Einschätzungen der Entwicklung der Weltkonjunktur und der Wirtschaft in Deutschland liegen unter anderem die Prognosen im Herbstgutachten der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. zugrunde. Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1995, in: DIW-Wochenbericht, Heft 42/43, 26. Oktober 1995, S. 715-747.

Tabelle 12

**Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise
in den Industrieländern 1995 und 1996**
Veränderung gegen Vorjahr*¹⁾ in %

Land	Bruttoinlandsprodukt		Verbraucherpreise	
	1995	1996	1995	1996
Deutschland	2,25	2,5	2,0	2,0
Westdeutschland . . .	2,0	.	2,0	.
Ostdeutschland	6,5	.	2,0	.
Frankreich	2,75	2,25	2,0	2,5
Italien	3,0	2,25	5,25	5,0
Großbritannien	2,75	2,5	3,5	3,25
Spanien	3,0	2,5	4,5	4,5
Niederlande	2,5	2,5	2,0	2,0
Schweiz	1,5	2,0	2,0	1,5
Belgien	2,5	2,5	1,5	2,0
Schweden	3,5	2,5	2,5	3,0
Österreich	2,5	2,0	2,5	2,5
Dänemark	3,0	2,5	2,0	2,5
Norwegen	4,5	3,5	2,5	2,5
Finnland	5,0	4,0	1,5	2,5
Westeuropa	2,7	2,4	2,8	2,9
USA	3,0	2,0	3,0	3,0
Japan	0,25	1,5	0,0	0,5
Kanada	2,25	2,0	2,5	2,5
Aufgeführte Länder insgesamt	2,2	2,0	2,2	2,3

*¹⁾ Prognosen der Forschungsinstitute.

Quelle: Herbstgutachten 1995 der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute.

und danach intensiv betriebenen Rationalisierungsmaßnahmen. Trotz der vergleichsweise hohen Tarifabschlüsse im Jahr 1995 konnte dadurch der Anstieg der Lohnstückkosten deutlich begrenzt und so ein weiterer Beitrag zur

Tabelle 13

Wirtschaftsprognosen und Ist-Ergebnisse für Deutschland 1995 und 1996

Merkmal	Bundesrepublik Deutschland		
	1995	1995	1996
	Ist-Ergebnisse 1. Halbjahr	Prognosen im Herbstgutachten	
	Mill.		
Arbeitslose	3,46	3,60	3,55
	%		
Arbeitslosenquote ¹⁾	9,4	9,2
	Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in %		
Erwerbstätige	-0,1	0,0	+0,5
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen (real)	+2,0	+2,0	+2,5
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (real)	+2,6	+2,25	+2,5
Verwendung des Inlandsprodukts (real)			
Privater Verbrauch	+1,6	+1,5	+3,0
Staatsverbrauch	+1,7	+1,5	+1,5
Anlageinvestitionen	+3,2	+2,5	+2,0
Ausrüstungen	+4,7	+3,5	+4,5
Bauten	+2,4	+1,5	0,0
Ausfuhr	+4,0	+4,0	+5,0
Einfuhr	+3,8	+3,5	+4,5
Volksinkommen (nominal)	+4,8	+5,0	+5,0
Verteilung des Volkseinkommens			
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+3,0	+3,5	+5,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+9,1	+8,5	+6,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+3,3	+3,5	+5,5
Preisentwicklung			
Privater Verbrauch	+2,0	+2,0	+2,0
Bruttoinlandsprodukt	+2,2	+2,0	+2,5

¹⁾ Anteil der Arbeitslosen an den inländischen Erwerbspersonen.

Quelle: Herbstgutachten 1995 der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute.

Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit geleistet werden.

Auch die Binnenkonjunktur findet 1996 etwas verbesserte Voraussetzungen vor: Das weltweit nachgebende Zinsniveau sichert weiterhin positive Zinsdifferenzen für Unternehmensinvestitionen gegenüber Geldmarktanlagen. Zudem erlaubte der geringe Preisauftrieb der Bundesbank 1995 eine konjunkturstützende Senkung der Leitzinsen. Schließlich werden die 1996 eintretenden Steuerentlastungen gerade für einkommensschwächere Familien trotz der zu erwartenden Erhöhung von Kranken- und Rentenversicherungsbeiträgen eine Erhöhung der verfügbaren Einkommen zur Folge haben.

Weiterer Verlust an konjunktureller Dynamik

Prognosen über die künftige wirtschaftliche Entwicklung tragen auch am Ende des Jahres 1995 ein hohes Fehlerrisiko. Durch die von der Europäischen Union verordnete Umstellung zahlreicher Statistiken auf neue Produkt- und Wirtschaftszweigsystematiken haben viele der im Moment vorliegenden amtlichen Daten zur Wirtschaftsentwicklung, sofern sie überhaupt aktuell vorliegen, noch vorläufigen Charakter. Dennoch zeichnet sich in Deutschland unter den genannten Rahmenbedingungen für die Konjunktur im Jahr 1996 folgendes Verlaufsmuster ab.

Der Zuwachs der Exporte dürfte sich nach der vorübergehenden, wechselkursbedingten Abschwächung 1995 im Jahr 1996 wieder etwas erhöhen. Dennoch werden vom

Warenaustausch mit anderen Ländern weniger Impulse für die deutsche Wirtschaft ausgehen als noch im beginnenden Aufschwung 1994. Die Hoffnungen ruhen daher vor allem auf der Belebung der Binnennachfrage. Insbesondere der private Verbrauch wird dabei von der Erhöhung der verfügbaren Einkommen profitieren. Da die vorgesehenen steuerlichen Entlastungen vor allem einkommensschwächere und kinderreiche Familien mit typischerweise hohen Konsumquoten begünstigen, dürften sie in relativ starkem Maße in eine höhere Konsumnachfrage umgesetzt werden. Hinzu kommt noch, daß anders als 1995 der Beschäftigungsabbau 1996 voraussichtlich zum Stillstand kommen und somit den Effekt höherer Individualeinkommen nicht wieder neutralisieren wird. Nachdem der private Konsum in den letzten Jahren auf einem äußerst niedrigen Niveau verharrt war, könnte er 1996 real erstmals wieder um etwa 3% ansteigen.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden angesichts der verbesserten Renditeaussichten der Unterneh-

men 1996 voraussichtlich um etwa 4% zunehmen. Allerdings fällt der Anstieg dieses besonders konjunktur reagiblen Nachfrageaggregats, verglichen mit früheren Aufschwungphasen, eher verhalten aus. Bedingt vor allem durch die abwärts gerichtete Sonderkonjunktur im Wohnungsbau werden die Bauinvestitionen 1996 bestenfalls stagnieren, und auch vom Staatsverbrauch wird bei einer weiteren Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mit einem Zuwachs von höchstens 1 1/2% nur eine geringe Stimulation der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ausgehen.

Insgesamt gesehen wird sich der Konjunkturaufschwung damit 1996 fortsetzen, aber mit sehr gemäßigtem Tempo. Das Herbstgutachten der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute rechnet folglich mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im gesamten Bundesgebiet von lediglich 2 1/2%. Dies ist geringfügig mehr als die Wachstumsrate von 1995, die bei gut 2% liegen dürfte. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gelangt in seinem Jahresgutachten bei einer noch etwas vorsichtigeren Einschätzung sogar nur zu realen Wachstumsraten von jeweils 2% für 1995 und 1996.¹¹ Das große Problemzentrum bleibt damit in jedem Fall der Arbeitsmarkt. Zwar wird der bis ins Jahr 1995 anhaltende Beschäftigungsrückgang 1996 voraussichtlich gestoppt werden können. Für einen durchgreifenden Abbau der Arbeitslosigkeit ist das prognostizierte Wirtschaftswachstum jedoch bei weitem nicht ausreichend.

Anforderungen an die Wirtschaftspolitik

Der 1995 beobachtete und auch für 1996 zu erwartende Verlust an konjunktureller Dynamik stellt die Wirtschaftspolitik mehr denn je vor die Aufgabe, solide Rahmenbedingungen für ein kräftiges und beschäftigungswirksames Wirtschaftswachstum zu schaffen. Dies gilt umso mehr, als der Anstieg des privaten Verbrauchs fast ausschließlich auf einer verteilungspolitisch motivierten Steuersenkung basiert und nicht Folge eines Anstiegs des Volkseinkommens ist. Die jüngsten Erfahrungen mit den internationalen Währungsturbulenzen zeigen deutlich, wie wichtig es ist, stabile Erwartungen und günstige Renditeaussichten für unternehmerische Investitionen zu gewährleisten. Daraus ergeben sich auf allen Politikfeldern hohe Anforderungen.

Der geldpolitische Kurs der Bundesbank hat in den letzten Jahren durch die am Wachstum des Produktionspotentials orientierte Geldmengensteuerung einen wesentlichen Beitrag zur Preisniveaustabilität geleistet. Damit wurde die zuletzt vorgenommene, konjunkturell notwendige Lockerung der Zinsen überhaupt erst ermöglicht. Dagegen muß in der Lohnpolitik nach den vergleichsweise hohen Tarifabschlüssen zu Beginn des Jahres 1995 ein Prozeß des Umdenkens einsetzen. Die jüngsten Vorschläge von Gewerkschaftsseite, gegen Beschäftigungsgarantien zu einem Lohnverzicht bereit zu sein, weisen in diese Richtung.

Gefordert bleibt weiterhin die Finanzpolitik. Positiv ist zwar zu vermerken, daß das Defizit der öffentlichen Haushalte gegenüber 1993 mittlerweile deutlich reduziert wurde. Ein gleichzeitiger Abbau der hohen Abgabenbelastung und

des Haushaltsdefizits kann jedoch nur über eine entschlossene Ausgabenreduktion erreicht werden. Lediglich auf diese Weise wird mittelfristig die Staatsquote gesenkt und eine wesentliche Rahmenbedingung für mehr Investitionen und eine höhere Beschäftigung geschaffen. Ein Sonderproblem stellt gegenwärtig die Schaffung der Europäischen Währungsunion dar. Obwohl der geplante Zeitpunkt für die Einführung einer einheitlichen europäischen Währung immer näher rückt, sind deren Modalitäten immer noch unklar. Hier besteht ein dringender Handlungsbedarf, um die Unsicherheiten bei Geldanlegern und Investoren abzubauen und eine Kapitalflucht ins Ausland zu verhindern.

Perspektiven für Baden-Württemberg

Im Moment gibt es keine gravierenden Anzeichen dafür, daß die Wirtschaft Baden-Württembergs 1996 einen Kurs nehmen wird, der wesentlich von dem im Herbstgutachten der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute für das gesamte Bundesgebiet prognostizierten Konjunkturverlauf abweicht. Waren vor Jahresfrist noch den Ausfuhren und dem im Land stark vertretenen Investitionsgütergewerbe besonders gute Entwicklungschancen eingeräumt worden, so mußten im Jahresverlauf gerade in diesen Bereichen die Prognosen nach unten korrigiert werden. Der private Konsum, der 1996 die Hauptstütze der Konjunktur werden wird, wird sich aller Voraussicht nach im Land sehr ähnlich entwickeln wie im gesamten Bundesgebiet. Nachgelagerte Effekte eines Konsumanstiegs auf die Investitionsgüterindustrie werden allenfalls mit einer gewissen Verzögerung und damit kaum noch 1996 deutlich bemerkbar werden. Von daher spricht vieles dafür, daß die Wirtschaft in Baden-Württemberg im kommenden Jahr mit einer Rate wachsen wird, die knapp unter 2% liegt.

Gestützt wird diese Vermutung durch die Konjunkturumfrage der baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern im 3. Quartal 1995.¹² Danach geben die Industrieunternehmen ihre zukünftigen Geschäftserwartungen zwar in der ganz überwiegenden Mehrzahl als positiv, aber nicht mehr ganz so optimistisch wie vor Jahresfrist an. Die Bauwirtschaft hat eher pessimistische Erwartungen, während im Einzelhandel erstmals wieder verhaltener Optimismus gezeigt wird. Offenbar wird also von den Unternehmen im Land die künftige Konjunkturentwicklung ähnlich eingeschätzt wie von den sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstituten.

Wie im Bundesgebiet bleibt der Arbeitsmarkt ein Problembereich. Der verhaltene Aufschwung wird in keinem Fall ausreichen, dort eine wirkliche Trendwende zu erzielen. Bereits 1994 und 1995 war zu beobachten, daß aufgrund der anhaltenden Rationalisierungsmaßnahmen von den traditionellen „Paradebranchen“ des Landes im Gegensatz zu früheren Aufschwungphasen keine positiven Arbeitsmarkteffekte ausgingen. Dies dürfte unverändert auch für das kommende Jahr gelten und macht das weitere Vorschreiten des Strukturwandels in Baden-Württemberg besonders deutlich.

¹¹ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Im Standortwettbewerb, Jahresgutachten 1995/96, Stuttgart 1995.

¹² Vgl. Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg: Verhalteneres Wachstum. Industrie- und Handelskammerbericht über die Wirtschaftslage in Baden-Württemberg nach dem 3. Quartal 1995, Stuttgart, im Oktober 1995.

Für die Bewältigung dieses Strukturwandels, namentlich für die Schaffung neuer und dauerhafter Arbeitsplätze durch das Vordringen in neue, zukunftssträchtige Marktsegmente, kann und muß die Wirtschaftspolitik möglichst günstige Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehört in Zeiten eines verschärften Technologiewettbewerbs unter anderem die Fortentwicklung des im Land vorhandenen Forschungspotentials. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung kann sich der Staat allerdings nur auf die Setzung der Rah-

menbedingungen beschränken. Die Anwendung neuer Technologien durch die Umsetzung von Forschungsergebnissen in innovative Investitionen bleibt ebenso Aufgabe der Unternehmen wie das Auffinden neuer Wachstumsmärkte. Hierbei sind Eigenschaften wie Risikobereitschaft und Kreativität mehr denn je gefordert.

Reinhard Burkard/Dr. Michael Hohlstein/
Dr. Monika Kaiser/Dr. Ilse A. Walter/
Thomas Betzholz/Dr. Helmut Büringer

Statistische Informationen im Taschenbuchformat



Artikel-Nr. 1111 95001
ISBN 3-923 292-37-6

Statistisches Taschenbuch Baden-Württemberg 1995
Umfang: 320 Seiten, 36 Schaubilder 2farbig
Umschlag: Karton 2farbig • Format: 11,5 x 16,5 cm
Preis: DM 20,- (zuzüglich Versandkosten)

Verlag und Vertrieb:
Metzler-Poeschel Verlag, Werastraße 21 - 23, 70182 Stuttgart

Im bewährt handlichen Format bietet das Statistische Taschenbuch in hoher Informationsdichte einen datenorientierten Überblick über das Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschehen des Landes Baden-Württemberg. Trotz notwendiger Anpassungen und Erweiterungen im Laufe der Jahre wurde auf Vergleichbarkeit mit früheren Taschenbuchausgaben Wert gelegt.

Aus dem Inhalt:

- Staat und Staatsgebiet
- Bevölkerung
- Wirtschaft
- Finanzen
- Volkswirtschaft
- Regionale, nationale und internationale Übersichten



STATISTISCHES LANDESAMT BADEN - WÜRTTEMBERG

